



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

## REGIONALWAHLEN IN RUSSLAND

■ ANALYSE		
Die Regionalwahlen in Russland vom 14. September 2014: Verschärfte Regeln und verringerter Wettbewerb vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise Alexander Kynev, Moskau		2
■ KOMMENTAR		
Moskau braucht schon keine Fälschungen mehr Andrey Buzin, Moskau		8
■ ANALYSE		
Nach der Perestroika – Die Evolution der Wahlen in Russland Andrey Buzin, Moskau		10
■ DOKUMENTATION		
Ergebnisse der Regionalwahlen am 14. September		15
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Einheitsergebnis am Einheitswahltag oder Tricks der Wahlmanipulation und ihre Aufdeckung		20
■ UMFRAGE		
Probleme, die den Russen am meisten Sorgen bereiten		22
Was bedroht Russland?		23
Die Vorgänge in der Ukraine		25
Über die Qualitäten der Ukrainer und Russen		26
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Der unvermeidliche Etappen-Sieger Jens Siegert, Moskau		27
■ CHRONIK		
1. – 25. September 2014		30



## Die Regionalwahlen in Russland vom 14. September 2014: Verschärfte Regeln und verringerter Wettbewerb vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise

Alexander Kynev, Moskau

### Zusammenfassung

Im Laufe des letzten Jahres sind die Rahmenbedingungen der Regionalwahlen deutlich verändert worden. Die Veränderung der Wahlgesetzgebung und die politische Krise, die als Folge der Krim-Annexion einsetzte, erschwerten alternativen politischen Kräften den Zugang zu den Wahlen. Die Gesetzesänderungen führten faktisch zu einer »Entparteilichung« und einer Personalisierung der Wahlen.

Der »einheitliche Wahltag«, an dem alle Regional- und Kommunalwahlen des Jahres 2014 stattfanden, war diesmal durch die große Zahl der Gouverneurswahlen geprägt: in 30 Regionen fanden Direktwahlen für den Posten des regionalen Oberhaupts statt. In zwei Drittel der Fälle war der Amtsinhaber zurückgetreten, um die Wahlen vorziehen zu können. In 14 Regionen wurden die regionalen Parlamente neu gewählt. Daneben gab es noch zahlreiche Kommunalwahlen. Bereits bei der Nominierung und Registrierung wurde deutlich, dass der politische Wettbewerb 2014 drastisch eingeschränkt war. Eine ganze Reihe populärer Kandidaten wurde nicht zur Wahl vorgelassen. Auch in der Phase des Wahlkampfes gab es Eingriffe der Administration zugunsten der Partei »Einiges Russland«.

Für viele Experten waren diese Regionalwahlen die vororganisiertesten und uninteressantesten seit Jahren. Die tiefgehende Krise der alten Systemparteien geht mit dem aktiven Bestreben der Administration einher, das Entstehen und die Entwicklung neuer Parteien und Politiker zu behindern.

### Veränderte Rahmenbedingungen für die Regionalwahlen 2014

Das letzte Jahr stand im Zeichen erheblicher Veränderungen der staatlichen Wahlpolitik, die wohl auf die Ergebnisse der Regional- und Kommunalwahlen vom 8. September 2013 zurückzuführen sind. Diese Veränderungen bestanden in erster Linie in einer drastischen Verschärfung der Vorschriften bei der Registrierung der Kandidaten und Parteilisten und in einer allgemeinen Reduzierung der Möglichkeiten zur institutionellen Beteiligung politischer Parteien am politischen Geschehen. Nach den Erfolgen einer Reihe neuer Kandidaten und politischer Parteien bei den Wahlen von 2013 und dem einsetzenden Abfluss von Vertretern der regionalen und lokalen Eliten aus den »alten Systemparteien«, also aus den in der Staatsduma vertretenen Parteien, erfolgte Ende 2013, Anfang 2014 die Verabschiedung einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die den institutionellen Einfluss neuer Parteien schwächen sollten. Hinzu kam die äußerst heftige politische Krise, die im März 2014 einsetzte, eine Folge der Krim-Annexion und der anschließenden Krise in der Ukraine. Die drastische Verstärkung des Einflusses der Silowiki, eine Verschlechterung der Wirtschaftslage und neue politische Risiken, die zu erwarten sind, haben die Unternehmen dazu genötigt, die Finanzierung vieler politischer Projekte stark zurückzufahren, eine abwartende, äußerst vorsichtige Haltung einzunehmen sowie Ressourcen zu sparen.

### Änderungen in der Wahlgesetzgebung

Wichtigste Folgen der Gesetzesänderungen sind die faktische »Entparteilichung« und Personalisierung der Wahlen, vor allem in den Regionen mit starker Proteststimmung. Ein markantes Beispiel ist die Abschaffung des gemischten Wahlsystems bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma. Im Unterschied zu dem bis 2011 bestehenden System stellt – nach einer kurzen Phase begrenzter Liberalisierung 2012 bis 2013 – die neue Version des Parteien- und Wahlsystems eine Kombination aus einer Vielzahl registrierter Parteien (was eine Konzentration von Protestwählern bei einer oder mehreren alternativen Parteien erschwert) und der Abschaffung eines erheblichen Teils der institutionellen Plattformen dar, die Parteien Erfolge ermöglichen.

*Die Verschärfung der Registrierungsbedingungen und die drastische Reduzierung der Parteien, für die bei der Registrierung vergünstigte Regelungen gelten, bedeutet für viele oppositionelle Parteien einen Teufelskreis: Um an den Wahlen teilnehmen zu können, sind Vergünstigungen vonnöten, für diese ist aber eine erfolgreiche Teilnahme an Wahlen Voraussetzung.*

Dadurch wirkt das neue System der Kandidatenregistrierung bei einem wachsenden Anteil der Abgeordneten, die nach Mehrheitswahlsystem gewählt werden, zu Ungunsten neuer politischer Parteien und selbstnominierter Kandidaten. Am günstigsten ist die Situation für regierungsfreundliche Kandidaten, die gewöhnlich

über die größten finanziellen und organisatorischen Ressourcen verfügen. Selbst bei einer zurückgehenden allgemeinen Unterstützung für die Partei der Macht reicht diesen Kandidaten eine einfache, wenn auch territorial gleichmäßig verteilte Mehrheit. Bei allen Regionalwahlen der vergangenen Jahre haben die Kandidaten von »Einiges Russland« die absolute Mehrheit der Direktmandate gewonnen, in einer Reihe von Regionen sogar alle. In den für die Partei schwierigsten Regionen kann das Regime seine Kandidaten im Notfall in Form von Selbstnominierten ins Rennen schicken, wobei bei der Registrierung doppelte Standards eingesetzt werden. In der schlimmsten Variante, wenn das Gesetz mit äußerster Strenge angewendet wird, stehen in den betroffenen Wahlkreisen allein Kandidaten der »Systemparteien« zur Wahl.

### Die Wahlen vom 14. September 2014 und ihre rechtlichen Besonderheiten

Einschließlich der Wahlen in den beiden annektierten, neuen Föderationssubjekten (Republik Krim und die Sewastopol) fanden am 14. September 6.024 unterschiedliche Wahlen und Referenden statt. Die wichtigsten Wahlen waren die direkten Gouverneurswahlen in 30 Regionen Russlands (in drei weiteren Regionen waren die Gouverneure durch die Parlamenten zu wählen: in Kabardino-Balkarien, der Krim und Sewastopol) sowie 14 allgemeine Wahlen zu Regionalparlamenten (die Krim und Sewastopol eingeschlossen), drei Direktwahlen der Bürgermeister regionaler Hauptstädte und 20 allgemeine Parlamentswahlen in regionalen Hauptstädten (ohne Simferopol: 19). Die 21. regionale Hauptstadt, in der Wahlen stattfanden war Tscheljabinsk, wo anstelle der Stadtduma die sieben Stadtbezirksräte gewählt wurden, was nach Mehrheitswahlsystem erfolgte. In 13 dieser 21 regionalen Hauptstädte ist dann von den neuen Parlamenten aus ihren Reihen ein Stadtoberhaupt zu wählen und anschließend per Vertrag ein »City-Manager« einzustellen. In St. Petersburg fanden in großer Zahl Wahlen zu den Kommunalräten der Stadtteile statt (in 106 der 111 Kommunen der Stadt).

Eine Besonderheit der Wahlen von 2014 war die große Anzahl der Gouverneurswahlen, von denen ein beträchtlicher Teil vorgezogen war. Zählt man Kabardino-Balkarien hinzu, gab es 20 vorgezogene Gouverneurswahlen, wobei in dreizehn Regionen der alte Gouverneur geschäftsführend im Amt geblieben war und in sieben Regionen ein neuer Gouverneur als geschäftsführend eingesetzt worden war.

Gemäß den Gesetzesänderungen, die 2012 zur Wiedereinführung der direkten Gouverneurswahlen verabschiedet wurden, kann ein Gouverneur, wenn er auf eigenen Wunsch oder aufgrund eines Misstrauensvotums

des Regionalparlaments vorzeitig sein Amt niedergelegt hat, nicht als Kandidat bei den aus obigen Gründen angesetzten Neuwahlen nominiert werden. Eine Ausnahme erfolgt nur dann, wenn der Gouverneur seinen Posten nicht weniger als ein Jahr innehatte und über die Zustimmung des Präsidenten Russlands zur Teilnahme an den Wahlen verfügt. Dadurch wird hier die Haltung des Präsidenten zu einem Schlüsselfaktor, wobei das Gesetz nicht beschreibt, wie diese Zustimmung des Präsidenten juristisch auszusehen hat. Als Ziele einer solchen Anzahl vorgezogener Gouverneurswahlen wurde offiziell das Bestreben genannt, die Legitimität der Regionalregierungen vor den Dumawahlen im Dezember 2016 zu stärken. Auch sollten die Gouverneurswahlen stattfinden, bevor die Dumawahlen mit Direktmandaten abgehalten werden (es wurde vermutet, dass ein Teil der Kandidaten die Gouverneurswahlen im Vorfeld der russischen Parlamentswahlen mit Blick auf eine Teilnahme dort zur Stärkung ihres Profils nutzen würden). Ebenso sollte vor den landesweiten Wahlen von 2016 das Risiko einer Destabilisierung der Situation in den Regionen verringert werden. Als Grund kann allerdings auch die konkrete soziale und wirtschaftliche Lage angenommen werden, nämlich die negativen Wirtschaftsdaten und -prognosen (unter anderem aufgrund der internationalen Sanktionen nach der Annexion der Krim). Daneben erscheint es wahrscheinlich, dass die Gouverneure bestrebt sind, ihre Amtszeit zu verlängern *bevor* die erwartete Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage eintritt. Gleichzeitig wollten sie wohl auch die formal hohen Umfragewerte aufgrund der massiven Medienkampagne und der Zustimmung der Bevölkerung zu den Entscheidungen über die Krim nutzen. Auch die derzeit herrschenden, für amtsführende Gouverneure günstigen Registrierungsbedingungen spielen wohl eine Rolle; die erlauben es den Gouverneuren, ihre Konkurrenten selbst zu bestimmen und sich bei Wahlen unliebsame Widersacher vom Halse zu halten.

Was die regionalen Parlamentswahlen betrifft, so ist in Folge des sogenannten Klischas-Gesetzes (Föderales Gesetz Nr. 303-FZ »Über Veränderungen in einzelnen Gesetzesakten der Russischen Föderation« vom 2. November 2013, benannt nach dem Abgeordneten des Föderationsrates Andrej Klischas) ein Rückgang von Wahlen nach Parteilisten zu beobachten: Moskau ist vollständig zum Mehrheitswahlsystem übergegangen (was offensichtlich auf die niedrigen Umfragewerte von »Einiges Russland« in der Stadt und die Furcht der Administration vor Wahlen nach Parteilisten zurückzuführen ist). In den Republiken Kabardino-Balkarien und Karatschajewo-Tscherkessien wurde ein reines Verhältniswahlsystem angewendet, in den Republiken

Marij-El, Taterstan und Tywa, der Region Chabarowsk und dem Gebiet Brjansk wurden zu gleichen Teilen Listen- und Direktmandate beibehalten. Die gleiche Situation herrscht jetzt im Gebiet Tula, das von der Verhältniswahl zu einem gemischten System übergegangen ist, und im Gebiet Wolgograd, wo es vorher mehrheitlich Listenmandate gegeben hatte (der Anteil der Direktmandate wurde hier also erhöht). Im Autonomen Bezirk der Nenzen, der ebenfalls von einer reinen Verhältniswahl zu einem gemischten System übergegangen ist, gibt es nun mehrheitlich Listenmandate.

### **Nominierung und Registrierung: drastischer Rückgang des Wettbewerbs**

Die Nominierungsphase hat frühere Annahmen bestätigt, dass die drastische Verschärfung der Vorschriften bei der Kandidatenregistrierung dazu führt, dass es weniger Kandidaten neuer Parteien (die überwiegend keine Vergünstigungen bei der Registrierung genießen) geben werde. Viele neue Parteien haben in jenen Regionen, in denen sie nicht auf Grund der Wahlen von 2012 oder 2013 Vergünstigungen erringen konnten, die Aufstellung von Kandidaten völlig eingestellt oder auf ein Minimum reduziert. Gleichzeitig sind neue Parteien bei Gouverneurswahlen vonnöten, bei denen meist keine Selbstnominierung zugelassen wird, und wo die sogenannten »Systemparteien« mit der Administration ausgehandelte Strategien bevorzugen und oft keine tatsächlich aussichtsreichen Kandidaten nominieren. Hier sind die neuen Parteien (genauer gesagt, die von den Behörden unabhängigen und nicht mit ihnen verbandelten Parteien), wo eine Kontrolle wegen ihrer großen Anzahl schwierig ist, für viele den Administrationen nicht genehme Gouverneurskandidaten das einzige Mittel, nominiert zu werden.

2013 hatten 53 der 54 teilnahmeberechtigten Parteien bei Parlamentswahlen in einer Regionen oder einer regionalen Hauptstadt Kandidatenlisten aufgestellt; 51 Parteien hatten Direktkandidaten nominiert. Somit hatte nur eine Partei (die »Partei der Tat«) diese Wahlen ignoriert (auch wenn sie bei einer Kommunalratswahl eine Liste aufgestellt hatte, die dann auch gewann). *Dieses Mal haben von den 69 teilnahmeberechtigten Parteien nur 34 – darunter drei ausschließlich auf der Krim – wenigstens eine Liste bei den entsprechenden Wahlen nominiert.* Bei diesen Wahlen sowie bei Gouverneurswahlen und Bürgermeisterwahlen in regionalen Hauptstädten haben nur 52 der 69 Parteien Direktkandidaten nominiert (darunter eine nur auf der Krim). 13 Parteien haben weder eine Liste noch einen Direktkandidaten nominiert (10 von ihnen hatten 2013 noch teilgenommen), zwei weitere Parteien (die »Russische Gärtnerpartei« und »Nationaler Kurs«) haben lediglich auf der Krim jeweils

eine Liste nominiert. Die aktive Teilnahme liberaler Parteien (RPR-PARNAS, »Bürgerplattform«, »Jabloko«, »Allianz der Grünen und Sozialdemokraten«) ist drastisch zurückgegangen.

*Sehr viel erheblicher als das Ausscheiden der Parteien war das Ausscheiden der Direktkandidaten:* Zum Wahltag hatten es bei den regionalen Parlamentswahlen von den insgesamt 1.799 nominierten Kandidaten nur 1.209 auf den Stimmzettel geschafft, die Ausscheiderate betrug also 32,9 % (2013: 17,88 %; 2012: 11 %). Dabei betrug die Ausscheiderate unter selbstnominierten Kandidaten 62,5 % (2013: 58,5 %, 2012: 40 %). Von den 592 ausgeschiedenen Kandidaten hatten sich 310 selbst nominiert. Bei den Parlamentswahlen in regionalen Hauptstädten waren von 2.783 nominierten Kandidaten nur 2.030 auf dem Stimmzettel zu finden, 27,06 % waren also ausgeschieden. Unter den Selbstnominierten betrug die Quote 50,27 %.

*Bei den Gouverneurswahlen hat es eine nahezu totale Säuberung gegeben.* Dort waren ursprünglich 207 Kandidaten (6,9 pro Region) nominiert worden. Die Registrierung schafften allerdings nur 138, was im Schnitt 4,6 Kandidaten entspricht. 2013 waren im Schnitt 5 Kandidaten registriert worden. Zum Wahltag waren nur noch 137 Kandidaten übriggeblieben (der Kommunist Pawel Dorochin war im Gebiet Tjumen ausgeschieden) oder durchschnittlich 4,57 pro Region. Die Ausscheiderate betrug in der Phase zwischen Nominierung und Wahltag 33 %. Praktisch überall sind die stärksten Konkurrenten der amtierenden (oder geschäftsführenden) Gouverneure aus dem Rennen befördert worden; diese Wahlen verloren dadurch ihre Spannung und erinnern praktisch eher an Referenden zur Bestätigung der Amtsvollmachten des Gouverneurs. Sogar zwei ehemalige Gouverneure sind nicht registriert worden (Alexander Ruzkoj im Gebiet Kursk und Alexander Tschernogorow in der Region Stawropol). In 46 Fällen erfolgte das Ausscheiden auf Antrag des Kandidaten oder, weil dieser nicht die Unterlagen zur Registrierung vorgelegt hat. Wichtigster Grund war hier, dass der »kommunale Filter« ohne Hilfe der Administration nicht zu überwinden war (für eine Registrierung waren Unterschriften von zwischen fünf und zehn Prozent der kommunalen Abgeordneten der Region erforderlich). 18 Kandidaten, die ihre Unterlagen eingereicht hatten, erhielten bei der Registrierung eine Absage. Besonders bemerkenswert ist, dass im Gebiet Nischnij Nowgorod der kommunistische Kandidat Wladimir Bulanow, Abgeordneter der Gesetzgebenden Versammlung des Gebietes, den »kommunalen Filter« nicht überwinden konnte (2011 hatte die KPRF dort 28,8 % geholt), und dies in St. Petersburg auch Oxana Dmitrijewa widerfuhr, einer Kandidatin von »Gerechtes Russland« sowie einer bekann-

ten und populären Abgeordneten der Staatsduma, die dort zwei Mal das Petersburger Direktmandat errungen hatte (2011 hatte die Partei in der Stadt 23,7% geholt). Gleichzeitig ist dieser Filter von wenig bekannten Kandidaten kaum populärer Parteien überwunden worden.

Bei den Gouverneurswahlen 2014 hätte die ursprüngliche Reihe potentieller Kandidaten in einem beträchtlichen Teil der Regionen durchaus für Wahlen mit echtem Wettbewerb sorgen können. Das Streben der Administration nach Kontrollerhalt im jeden Preis war jedoch stärker als der Wunsch nach Stärkung der realen Legitimität in der Gesellschaft. Praktisch überall, wo es Alternativen zu den derzeitigen Gouverneuren gab, die auf einen beträchtlichen Wählerzuspruch hoffen konnten, wurden diese Kandidaten unter verschiedenen Vorwänden von den Wahlen ausgeschlossen (in St. Petersburg, den Republiken Baschkortostan und Altai sowie den Gebieten Orenburg und Orjol). Die Wahlen 2014 waren nicht nur dadurch geprägt, dass die aktuellen Gouverneure ihren realen Konkurrenten in keiner Weise bei der Überwindung des »kommunalen Filters« behilflich waren. Es gab darüber hinaus auch Unregelmäßigkeiten, weil die Unterschriftensammlung für Opponenten behindert wurde.

Eine Besonderheit dieser Wahlen bestand darin, dass eine Reihe von Kandidaten mit offensichtlich guten Aussichten, nicht nur die Abgeordnetenunterschriften für die Registrierung zu sammeln, sondern auch beachtliche Wahlergebnisse zu erringen, von den Parteien, die sie nominiert hatten, zurückgezogen wurden (Sarabajew in Baschkortostan, Katasonow im Gebiet Orenburg, Mosjakin, Rybakow und Isakow im Gebiet Orjol, der ehemalige russische Energiewirtschaftsminister Kalushnyj in der Republik Altai). Dass diese Schritte plötzlich und ohne schlüssige Erklärung erfolgten, legt nahe, dass sie politisch bedingt und auf informellen Druck auf die jeweilige Parteiführung zurückzuführen sind.

Bemerkenswert ist auch, dass fast alle amtierenden/geschäftsführenden Gouverneure bei den Wahlen von »Einiges Russland« nominiert wurden. In zwei Regionen, in denen »Einiges Russland« keinen Kandidaten nominiert hatte (in den Gebieten Kirow und Orjol), traten die geschäftsführenden Gouverneure Belych und Potomskij als Selbstnominierter bzw. KPRF-Kandidat an. Es gab also nur dort keine Kandidaten von »Einiges Russland«, wo der aktuelle Gouverneur aus irgendeinem Grund nicht für diese Partei kandidierte. Hieraus ergibt sich die offensichtliche Gesetzmäßigkeit, dass »Einiges Russland« offiziell einen beliebigen geschäftsführenden Gouverneur unterstützt, unabhängig von dessen formaler Parteizugehörigkeit. Das unterstreicht deutlich die institutionelle Abhängigkeit der Partei von der Adminis-

tration: Sie bestimmt in Wirklichkeit nicht die Personalpolitik und besetzt nicht die Reihen der Gouverneurskandidaten, sondern wickelt lediglich Entscheidungen ab, die de facto in der Präsidialadministration in Moskau getroffen werden.

### Besonderheiten des Wahlkampfes

Die Wahlen von 2014 waren eine Fortsetzung der Entwicklung, die auf die Verlegung des Wahltages auf den zweiten Sonntag im September zurückzuführen ist. Durch die Verlegung fällt die Hauptphase der Wahlen (unter anderem die Wahlwerbung in den Medien, die 28 Tage vor dem Wahltag beginnt) in die Zeit der Sommerferien. Das hat, wie schon 2013, die Parteien und potentiellen Kandidaten dazu gebracht, den Wahlkampf möglichst früh zu beginnen, längst bevor die Wahlen offiziell angesetzt sind. Das war einerseits für jene Kandidaten wichtig, die in Regionen mit starkem Wettbewerb antreten (wo Anwärter sich in den Medien Vorteile verschaffen müssen), andererseits aber auch für weniger bekannte neue Kandidaten ohne Kampagnenerfahrung, die es sonst äußerst schwer hätten, bei Wählern, die Urlaub machen, ihren Bekanntheitsgrad und die Umfragewerte zu verbessern.

Überall sind Treffen der geschäftsführenden Gouverneure mit dem Präsidenten Russlands zu einem wichtigen Element der Wahlkämpfe des Regimes geworden, manchmal auch als Visiten der Präsidenten und/oder Regierungschefs in die jeweilige Region. Von April bis August hat sich Putin in 27 von 30 Regionen, in denen am 14. September Wahlen angesetzt waren, mit den amtierenden Gouverneuren getroffen. In den regionalen Medien sind diese Treffen als unbedingte Unterstützung des Präsidenten für den jeweiligen Gouverneur interpretiert worden. Damit sollte offensichtlich den Gouverneuren ein Teil der Zustimmungswerte des Staatsoberhaupts übertragen werden, besonders denjenigen Gouverneuren, die selbst Probleme mit den Umfragewerten hatten.

In vielen Regionen hat es außer der massenhaften mittelbaren Wahlwerbung keinerlei anderen Wahlkampf gegeben.

Die Reduzierung des politischen Wettbewerbs und der Umstand, dass eine Reihe populärer Kandidaten, die zu markanten und kreativen Wahlkämpfen fähig gewesen wären, nicht zugelassen wurden, ist wohl ein Grund dafür, dass 2014 in geringerem Maße die neuen Informationstechnologien zum Einsatz kamen und es weniger außergewöhnliche, prägnante Initiativen gab, als noch 2013. Stattdessen war eher ein Kopieren einzelner Schachzüge und sogar von Bildern aus dem Vorjahr zu beobachten, insbesondere die so genannten »Nawalnyj-Würfel«.

Eine weitere Besonderheit des Wahlkampfes war der Einfluss der Ukraine-Krise, der eher auf Internetseiten der Parteien und in Medienstatements von Parteivertretern zur grundsätzlichen Position der jeweiligen Partei bemerkbar war, denn bei plakativer Wahlwerbung; dort wurde dieses Thema hauptsächlich von der KPRF und von »Rodina« aufgegriffen. Die wichtigsten Themen waren allerdings lokaler oder allgemein sozialer Natur. Zur Ukraine-Krise standen vor allem die Themen Sanktionen und Stützung der einheimischen Landwirtschaft im Vordergrund. Eine der Regionen, in denen die Krise am stärksten aufgegriffen wurde die Region Stawropol.

*Die Wahl wurde von mehreren Fällen geprägt, in denen Kandidaten mit offensichtlich guten Wahlaussichten sowie Politiker und Unternehmer, die beträchtlich auf den Verlauf und den Ausgang der Wahlen hätten Einfluss nehmen können, verfolgt wurden.* Die merkwürdige Koinzidenz von Wahlkampf in einer Region und Eröffnung von Strafverfahren gegen Kandidaten, die oppositionelle Positionen vertreten und der Regierung zumindest kritisch gegenüberstehen, alarmieren und werfen erhebliche Fragen auf.

### Ergebnisse: Weiterer Rückgang der Wahlbeteiligung und Krise der Systemparteien

Die Reduzierung echten Wettbewerbs ist einer der Gründe für das verringerte Wählerinteresse, das die Wahlbeteiligung zusätzlich (das für Wähler und Kandidaten unbequeme Wahldatum tat ihr übriges) und die Legitimität der gewählten Organe in der Gesellschaft allgemein zurückgehen ließ.

Der offensichtlich zu erwartende Rückgang der Wahlbeteiligung stimulierte von Anfang an den Wunsch der Behörden, durch Nötigung der Wähler zur vorfristigen Stimmabgabe oder zur Stimmabgabe mit mobilen Wahlurnen die Beteiligung zu erhöhen. Unregelmäßigkeiten bei der vorfristigen Stimmabgabe sind unter anderem in St. Petersburg, der Republik Altai und dem Gebiet Samara festgestellt worden. Auch mit Hilfe echter Lotterien (etwa in der Republik Komi), durch Verkaufsstände mit Schnäppchenpreisen und Unterhaltungsveranstaltungen in den Wahllokalen, durch Anruf- und SMS-Aktionen am Wahltag (wie etwa in Moskau) wurde versucht, die Wahlbeteiligung künstlich zu erhöhen.

Bemerkenswert sind auch die Versuche, Vertreter von NGOs bei der Arbeit zu behindern (so sind etwa in den Gebieten Tscheljabinsk und Samara sowie der Republik Baschkortostan alle Vertreter der Assoziation »Golos« und in den Gebieten Nishnij Nowgorod und im Moskauer Gebiet eine beträchtliche Zahl von ihnen rechtswidrig aus Wahllokalen geworfen worden);

darüber hinaus gab es Signale direkter Fälschungen (s. Golos am 16. 09. 2014; <<http://www.golosinfo.org/ru/articles/1010>>).

Ungeachtet aller klaren Versuche, die Wahlbeteiligung maximal zu steigern und damit die formale Legitimität der Wahlen zu erhöhen, hat sich hier der negative Trend der Jahre 2012 und 2013 bei vergleichbaren Wahlen fortgesetzt (selbst wenn jene Wahlen aus der Analyse genommen werden, die mit Wahlen auf föderaler Ebene zusammenfielen). Relative Ausnahmen bilden Gebiete mit klarer elektoraler Anomalie (Baschkortostan, Kalmykien, das Gebiet Tjumen, wo die Wahlbeteiligung formal fast jene bei der letzten Direktwahl des Gouverneurs erreichte, und die Republik Komi, die seit 2011 zur Anomalie-Zone gehört).

Auch bei den regionalen Parlamentswahlen war nur in »Anomalie-Regionen« (Tatarstan, Tywa) sowie im Gebiet Brjansk eine gegenüber den letzten Wahlen erhöhte Wahlbeteiligung festzustellen. Besonders bemerkenswert war die Situation in Moskau, wo bei den Wahlen zur Stadtduma die Wahlbeteiligung auf ein Rekordtief von 21 % sank (zum Vergleich: 2009 hatte sie 35,63 % betragen und 34,8 % im Jahr 2005, obwohl sie damals erheblich »angekurbelt« worden war; bei den Bürgermeisterwahlen 2013 hatte die Wahlbeteiligung minimal verzerrte 32,1 % betragen).

Letztendlich hat bei 15 der 30 Gouverneurswahlen der Sieger über 80 % der Stimmen erhalten, was nicht als normales Ergebnis eine Wahl mit Wettbewerbscharakter gelten kann; der Spitzenwert waren die offiziell verkündeten 91,4 % für Nikolaj Merkuschkina im Gebiet Samara. In weiteren acht Regionen lag das Ergebnis zwischen 70 und 80 Prozent. Nur in sieben Regionen erhielten die Sieger unter 70 %, darunter in nur zweien unter 60 % (Republiken Altai und Sacha (Jakutien), wo es bei einer korrekteren Zählung womöglich zu einem zweiten Wahlgang gekommen wäre; am wahrscheinlichsten war ein solcher in der Republik Altai, wo viele Unregelmäßigkeiten gemeldet wurden und die Ergebnisse angefochten werden). Nimmt man alle dreißig Wahlen zusammen, haben insgesamt nur 18 der unterlegenen Kandidaten in ihrer Region über zehn Prozent der Stimmen erhalten.

\* \* \* \* \*

Für viele Experten waren diese Regionalwahlen die vororganisier testen und uninteressantesten seit Jahren. Die tiefgehende Krise der alten Systemparteien geht mit dem aktiven Bestreben der Administration einher, das Entstehen und die Entwicklung neuer Parteien und Politiker zu behindern. Gleichzeitig ist ein erheblicher Teil der Eliten angesichts der deutlichen Militarisierung des politischen Regimes verschreckt und versucht politisches Engagement zu vermeiden, weil sie fürchten, als unpa-

triotisch beschuldigt und Repressalien ausgesetzt zu werden. Ein großer Teil der Eliten wartet ab, ohne die Entwicklungsperspektiven zu verstehen, und ist derzeit zu keinerlei entschiedenem Agieren bereit.

Als Folge der zurückgehenden Anwendung des Verhältniswahlrechts und einer Beibehaltung des 2014 eingeführten Registrierungssystems für Kandidaten lässt sich ein weiterer faktischer Zerfall des Parteiensystems und wiederum der Wunsch potentieller Kandidaten prognostizieren, die Systemparteien ausschließlich mit dem Ziel zu nutzen, bei einer Nominierung ohne reale ideologische Bindungen zu ihnen Vergünstigungen zu erlangen; früher hatten reale Parteiaktivisten sogar zu Zeiten der Kommerzialisierung der Wahlen nach Parteilisten trotzdem noch einen Teil der Listenplätze und dann der Mandate erhalten. Ebenso ist zu erwarten, dass ideologisch motivierte Kandidaten aus den Wahlen verschwinden und diese durch ausschließlich informelle »kommerzielle« Listen ersetzt werden; durch die Kommerzialisierung gebe es für Kandidaten ohne Geld schlichtweg keine sicheren Listenplätze, und Parteien ohne Sponsoren können überhaupt nicht an Wahlen teilnehmen.

Wo noch Verhältniswahl oder ein gemischtes System besteht, ist wie schon 2013 eine lebhafte Migration von Kandidaten weg von den alten zu neuen Parteien festzustellen; sie scheinen sich dort aus verschiedenen Gründen unwohl zu fühlen, weil sie dort ihre Ambitionen nicht umsetzen können, ideologische und/oder persönliche Differenzen haben usw.

Die Reduzierung Anzahl der Parteien, die Vergünstigungen genießen, bewirkt unweigerlich eine Eindämmung der Tradition, dass Kandidaten vor den Wahlen die Partei wechseln: In erster Linie wechseln die Kandidaten zu den »privilegierten« Parteien. Somit führt die verringerte Anzahl dieser Parteien dazu, dass einerseits die derzeitige Position der Systemparteien gestärkt wird und andererseits unweigerlich eine ideologische Diffusion erfolgt, weil sich Kandidaten praktisch genötigt sehen, diese Parteien als »Vermittler« bei der Nominierung zu nutzen.

#### *Über den Autor:*

Dr. rer. pol. Alexander Kynew ist Leiter der Regionalprogramme der Stiftung zur Entwicklung der Informationspolitik und Experte des Komitees für Bürgerinitiative (Kudrin). In den Vorjahren arbeitete er u. a. als Leiter der analytischen Abteilung der Wahlbeobachtungs-NGO GOLOS.

Bleibt die derzeitige Situation mit der Registrierung der Kandidaten unverändert, erscheint Folgendes wahrscheinlich:

- Das Bestreben der Staatsmacht, die faktische Kontrolle über jene neuen Parteien herzustellen oder zu verstärken, die in einer Region Vergünstigungen genießen. Dadurch würde das System aus der zweiten Hälfte der 2000er Jahre wiederhergestellt: Der Staat kontrolliert die Parteien, die wiederum die Nominierung der Kandidaten kontrollieren. Der Unterschied zu den 2000ern bestünde lediglich in einer etwas größeren Zahl der Parteien und in einer Variierung nach Regionen. Die Registrierung von Kandidaten anderer Parteien dürfte angesichts der unerfüllbaren Gesetzesvorschriften und des Systems doppelter Standards bei ihrer Anwendung per »Handsteuerung« erfolgen.
- Parteien, die sich einer informellen Zusammenarbeit mit den Administrationen verweigern, laufen Gefahr, ihren juristischen Status zu verlieren oder anders beeinträchtigt zu werden.
- Die Liste der Parteien, für die bei der Registrierung vergünstigte Bedingungen gelten, dürfte noch kürzer werden.
- Der Staat wird wohl versuchen, die Registrierungsbestimmungen bei Gouverneurswahlen noch weiter zu verschärfen und das Schlupfloch, dass Gouverneurskandidaten von jeder registrierten Partei nominiert werden können, dadurch zu schließen, dass die Zahl der Parteien mit einem solchen Recht verringert wird (genau dies wird in einem unlängst erschienenen Bericht der kremlfreundlichen Stiftung »ISEPI«, dem Institut für sozio-ökonomische und politische Studien, angeregt). Das wäre der Versuch, unlieb-samen Kandidaten generell das Recht auf Nominierung zu nehmen (sie wären genötigt, sich an die drastisch reduzierte Zahl von Parteien zu wenden, die die Administrationen unter Kontrolle zu halten suchen).

*Übersetzung: Hartmut Schröder*

## Moskau braucht schon keine Fälschungen mehr

Andrey Buzin, Moskau

Am 14. September 2014 fanden in Moskau die Wahlen zur Stadtduma statt, dem gesetzgebenden und Repräsentativorgan der Hauptstadt Russlands. Anders als bei den Wahlen 2007–2011 hat es diesmal bei der Stimmabgabe und der Stimmenauszählung keine ernstlichen Unregelmäßigkeiten und Wahlfälschungen gegeben. Trotzdem können diese Wahlen aus Sicht internationaler Wahlstandards und sogar aus Sicht der Wahlgesetzgebung in Russland weder frei noch fair genannt werden.

Ein objektives Zeichen für die Haltung der Moskauer zu den Wahlen ist die Wahlbeteiligung, die 21 % betrug, wobei 5,8 % der Wähler ihre Stimme »außerhalb der Räumlichkeiten zur Stimmabgabe« (also, grob gesagt: zu Hause) abgaben. Die niedrige Wahlbeteiligung hat vor allem folgende Gründe:

- den geringen Wettbewerbscharakter der Wahlen;
- das geringe Ansehen der Moskauer Stadtduma, die praktisch von der Exekutive gelenkt ist;
- den unbequemen Zeitpunkt der Wahlen (zweiter Sonntag im September).

Offiziell sind 45 Abgeordnete in die Stadtduma gewählt worden: 28 Abgeordnete waren von »Einiges Russland« nominiert, 5 von der KPRF, jeweils einer von der LDPR und von »Rodina« und 10 Abgeordnete hatten sich selbst nominiert. Diese formalen Angaben spiegeln jedoch nicht die realen politischen Kräfteverhältnisse wieder, da die Moskauer Stadtverwaltung ein realer, wesentlicher Akteur bei den Wahlen gewesen ist. Das Ergebnis der Wahlen stand in vielerlei Hinsicht im Voraus fest, und in den meisten Wahlkreisen, in denen nicht die Kandidaten von »Einiges Russland« gewannen, hatten die Sieger die Unterstützung der Verwaltung genossen. Das gilt für alle erfolgreichen selbstnominierten Kandidaten wie auch für den von »Rodina«. Nur bei den drei Wahlkreisen, in denen Kommunisten siegreich waren, kann man wohl von einem unerwarteten Ergebnis sprechen, wobei es nur in einem der drei (mit dem Gewinner Andrej Klytschkow) einen intensiven Wahlkampf gegeben hatte.

Dass bei diesen Wahlen Regie geführt wurde, lässt sich daran erkennen, dass in einigen Wahlkreisen Kandidaten, die anfänglich von der Administration unterstützt worden waren, ihre Kandidatur zugunsten der »Opposition« zurückzogen. So nahm im Wahlkreis Nr. 8 der Kandidat von »Einiges Russland« seine Kandidatur zurück, um dem Kommunisten Leonid Sjuganow, dem Enkel von Gennadij Sjuganow Platz zu machen. Im Wahlkreis Nr. 11 zog sich der von der Admi-

nistration unterstützte selbstnominierte Kandidat aus dem Rennen zurück, um dem »Jabloko«-Kandidaten Andrej Babuschkin Platz zu machen (Babuschkina verlor dann überraschend gegen einen Kommunisten). Im Wahlkreis Nr. 37 wurde der Kandidat von »Einiges Russland« zugunsten des kommunistischen Kandidaten Nikolaj Gubenko zurückgezogen. Im Wahlkreis Nr. 44 wurde der Kandidat von »Einiges Russland« zurückgerufen, um Ilja Swiridow von »Gerechtes Russland« den Platz zu räumen.

Der Wahlkreis Nr. 20 war der einzige, wo als von der Administration unterstützter Kandidat weder jemand von »Einiges Russland« noch ein Selbstnominierter aufgestellt wurde, sondern ein Kandidat von »Rodina«, und der hat dann auch den Sieg davongetragen. In einigen Wahlkreisen war die Administration den Wahlen gegenüber indifferent; dort war wenigstens ein gewisser Wettbewerb festzustellen (Wahlkreise Nr. 5 und Nr. 43).

Warum also waren die Wahlen insgesamt so wettbewerbsarm und das Ergebnis bereits im Voraus nahezu klar? Hierfür gibt es eine Reihe von Gründen. Die Verschärfung der Wahlgesetzgebung und der Einsatz administrativer Ressourcen in den ersten Stadien des Wahlprozesses machten Fälschungen am Wahltag und bei der Stimmenauszählung unnötig.

Seit Mitte 2012 sind nämlich in der Wahlgesetzgebung Russlands Veränderungen vorgenommen worden, die das Wahlsystem des Landes erheblich verschlechtert haben. Für Moskau hatten diese Veränderungen besonders gravierende Folgen. Den Städten Moskau und St. Petersburg, Städten mit verstärkter Parteiaktivität, wurde erlaubt, ein reines Mehrheitswahlsystem zu verwenden, wovon die Moskauer Verwaltung umgehend Gebrauch machte – die Wirkung administrativer Ressourcen ist in Mehrheitswahlkreisen, in denen eine relative Mehrheit notwendig ist, stets größer, als beim Verhältniswahlsystem.

Eine andere Neuerung, die eine Teilnahme von Oppositionellen an Wahlen erschwerte, war die Verlegung der Wahlkampfzeit in den Sommer (Ansetzung der Wahlen auf Anfang September).

Einen Monat vor Ansetzung der Moskauer Wahlen nach dem russischen Wahlsystem erfolgte schließlich der entscheidende Schlag: Alle Kandidaten, mit Ausnahme jener, die von den »privilegierten« Parteien (»Einiges Russland«, KPRF, LDPR, »Gerechtes Russland« und »Jabloko«) nominiert wurden, mussten nun zur Registrierung bei regionalen Wahlen eine unerhört hohe Anzahl Unterstützerunterschriften sammeln – drei

Prozent der Wahlberechtigten im jeweiligen Wahlkreis. Für Moskau kam das faktisch einem Verbot gleich: Innerhalb von weniger als einem Monat in der Sommerzeit rund fünftausend Unterschriften zu sammeln ist praktisch unmöglich. Viele Kandidaten, die ehrlich Unterschriften gesammelt haben (»außersystemische« Politiker, die dem liberalen Flügel zuzurechnen sind: Wladimir Milow, Ilja Jaschin, Nikolaj Ljaskin, Vera Kitschanowa, Maxim Motin, Ljubow Sobol), haben nicht die geforderte Zahl an Unterschriften sammeln können und dies unumwunden zugegeben. Drei weitere »außersystemische« Politiker (Maria Gajdar, Olga Romanowa und Maxim Kaz) haben dafür zwar riesige menschliche und finanzielle Ressourcen aktivieren können, doch wurden die ersten beiden nicht registriert, da unter den gesammelten Unterschriften über zehn Prozent Ausschuss festgestellt wurde. Zu erwähnen ist auch der Hausarrest, der zu Beginn der Wahlzeit gegen Konstantin Jankauskas, einen weiteren realen Oppositionspolitiker verhängt wurde. Dadurch hat von der »außersystemischen« Opposition (die übrigens bei den Moskauer Bürgermeisterwahlen 2013 für eine dreißigprozentige Wahlbeteiligung gesorgt hatte) praktisch nur ein Kandidat an den Wahlen teilnehmen können.

Nach offiziellen Angaben sind 63 Kandidaten registriert worden, die die für sie notwendige Anzahl Unterstützerunterschriften beigebracht hatten. Es ist jedoch völlig offensichtlich, dass die große Mehrheit dieser Kandidaten auf zweifelhafte Weise zweifelhafte Unterschriften gesammelt hat (und dabei Datenbanken nutzten und Unterschriften fälschten), was später durch einige Gerichtsverfahren belegt wurde. Diese Unterschriften sind nicht so penibel geprüft worden, wie die für Gajdar und Romanowa. Dass die Unterschriften fiktiv waren belegt auch der Umstand, dass viele von ihnen (35 von 63) bei den Wahlen nicht einmal jene Zahl Stimmen erhielten, wie Unterstützerunterschriften zur Registrierung notwendig waren. Erwähnt sei auch, dass 13

selbstnominierte Kandidaten von vor Beginn der Wahlen »Einiges Russland« und der Administration unterstützt worden waren, und zwar bei den sogenannten »prajmeris«.

Letztlich standen im Schnitt pro Wahlkreis rund sechs Kandidaten zur Wahl: In praktisch jedem Wahlkreis gab es je einen Kandidaten der »privilegierten« Parteien sowie einen weiteren Kandidaten. In vielen Wahlkreisen gab es keine ernstzunehmenden Konkurrenten für die »Kandidaten der Administration«.

Eine weitere Methode, mit der die Administration auf die Wahlen einwirken wollte, und die das Ergebnis der erheblich beeinflusste, war »Wahlkampf durch Medieninformation«. Ein großer Teil der Wähler war dem Einfluss von Zeitungen ausgesetzt, die von den Administrationen in der riesigen Gesamtauflage von rund 7 Millionen Exemplaren herausgegeben und den Moskauern kostenlos zugestellt werden. Diese Zeitungen haben seit dem Jahreswechsel 2013/14 ein positives Bild jener Kandidaten aufgebaut, die die Unterstützung der Administration genießen. Diese Methode widerspricht zweifellos dem Prinzip fairer Wahlen, weil praktisch staatliche Ressourcen zu Wahlkampfzwecken eingesetzt werden; die Organisatoren der Wahlen sind jedoch nicht dagegen vorgegangen.

Schließlich hat auch der Umstand eine Rolle gespielt, dass Wahlberechtigte, die die Dienste von Sozialarbeitern in Anspruch nehmen, auf zweifelhafte Weise zur Stimmabgabe aktiviert wurden. Diese Wähler sind nur begrenzt informiert und neigen zu einem konformistischen Stimmverhalten. Wenn diese Gruppe geschlossen zur Stimmabgabe gebracht wird, verzerrt es das Wahlergebnis; dieses Mittel ist von der Moskauer Administration in vollem Maße eingesetzt worden.

Um die Abgeordneten der neuen Moskauer Stadtduma wird man sich keine Sorgen machen müssen: Sie werden genauso eigenständig sein wie ihre Vorgänger ...

*Übersetzung: Hartmut Schröder*

#### *Über den Autor:*

Andrey Buzin, Dr. jur. und Dr. rer.nat., Mitglied der Moskauer Wahlkommission, führender Experte der Wahlbeobachtungs-NGO GOLOS, Leiter der Abteilung Wahlmonitoring.

## Nach der Perestroika – Die Evolution der Wahlen in Russland

Andrey Buzin, Moskau

### Zusammenfassung

Die Institution Wahlen, die 1997 in Russland einen europäischen Standard erreicht hatte, ist in den letzten Jahren mehr und mehr verfallen. Das zeigt eine Untersuchung des Abstimmungsprozesses. Dabei werden zwei Faktoren analysiert: die Abhängigkeit der Stimmergebnisse von der Wahlbeteiligung und die Verteilung der Wahlkommissionen nach Wahlbeteiligung. Die statistische Untersuchung ergibt, dass in vielen Fällen die Ergebnisse der Wahlen zwischen 2007 und 2011 offensichtlich »handgemacht« – also gefälscht oder verfälscht – waren.

### Von der Sowjetunion nach Russland: Wahlen und Bürokratie

In der Sowjetunion hat es regelmäßig Veranstaltungen gegeben, die Wahlen genannt wurden, die aber – so die allgemeine Einschätzung heute – keine waren. 1989 begann eine neue Epoche der Wahlen in Russland, als der Kongress der Volksdeputierten der UdSSR gewählt wurde und einige Wähler zum ersten Mal in ihrem Leben auf dem Stimmzettel nicht nur einen, sondern mehrere Namen erblickten. Die Zeit von 1989 bis 1993 war dann von verstärkter politischer Aktivität der Bevölkerung geprägt, die durch die tiefgreifenden Veränderungen in der Regierung des Landes geweckt wurde. Diese Aktivität schlug sich in der Praxis der Wahlen wie auch in der Wahlgesetzgebung nieder, die bis hin zum Jahr 1999 fortschrittliche Veränderungen erlebte. Es lässt sich mit Fug und Recht behaupten, dass die Wahlgesetzgebung in Russland mit dem Föderalen Gesetz »Über die Grundgarantien der Bürger Russlands für die Wählerrechte und das Recht auf Teilnahme an einem Referendum« von 1997 europäische Wahlstandards erreichte.

Zur gleichen Zeit begann sich seit 1996 eine neue, dominierende politische Kraft herauszubilden – die Bürokratie. Im Unterschied zur sowjetischen Bürokratie, die offen ihre dominierende Rolle in Form der KPdSU erklärt hatte, drängte sich diese neue Kraft als Akteur in der Politik und bei Wahlen zwar nicht in den Vordergrund, war aber in Wirklichkeit nicht nur Organisatorin, sondern auch über Kandidaten und Parteien, die bei den Wahlen mit administrativen Ressourcen unterstützt wurden – Beteiligte der Prozesse dort. Die Widersprüche zwischen fortschrittlicher Wahlgesetzgebung und der rechtswidrigen Praxis administrativer Einmischung bei Wahlen, wurden durch eine intensive Gegenreform gelöst, die 2004 einsetzte, nachdem die Staatsduma praktisch der Administration unterstellt worden war.

### Abstimmungsprozesse unter der Lupe

Der Verfall der Institution Wahlen wird vor allem durch eine Analyse der Wahlen, durch Informationen über die Vorgänge während der Wahlen und durch Gerichtsentscheide bestätigt. In diesem Beitrag sollen jedoch Belege anderer Art angeführt werden, nämlich die Entwicklung objektiver und offizieller quantitativer Daten zu den Wahlen. Anhand dieser soll nur eine der Stadien des Wahlprozesses dargestellt werden, nämlich die der Stimmgabe und die Stimmenaushaltung; gesetzeswidriges Vorgehen bei den Wahlen (Nichtregistrierung von Kandidaten, Einsatz administrativer Ressourcen während des Wahlkampfes und andere, quantitativ schwerer zu analysierender Maßnahmen) bleibt hier somit ausgeklammert. Die Phase der Stimmgabe und Stimmenaushaltung ist außerdem am transparentesten; auf sie konzentriert sich die Aufmerksamkeit der Medien sowie der einheimischen und ausländischen Beobachter. Diese eindringliche Aufmerksamkeit hat zusammen mit den Massenprotesten Ende 2011 dazu geführt, dass die Organisatoren der Wahlen (Beachte: dieselben, die zuvor die Wahlen gefälscht hatten) beschlossen, die letzte Phase der Wahlen in höherem Maße ehrlich (dem Gesetz gemäß) zu gestalten. Das hat sich sofort auf die objektiven Daten ausgewirkt! Anders gesagt, die direkten Fälschungen Mitte der 2000er Jahre sind also hiermit von den Organisatoren *nolens volens* bestätigt worden.

Reden wir also von offiziellen Wahlstatistiken. Betrachtet werden soll hier das Verhalten zweier Werte aus der Wahlstatistik:

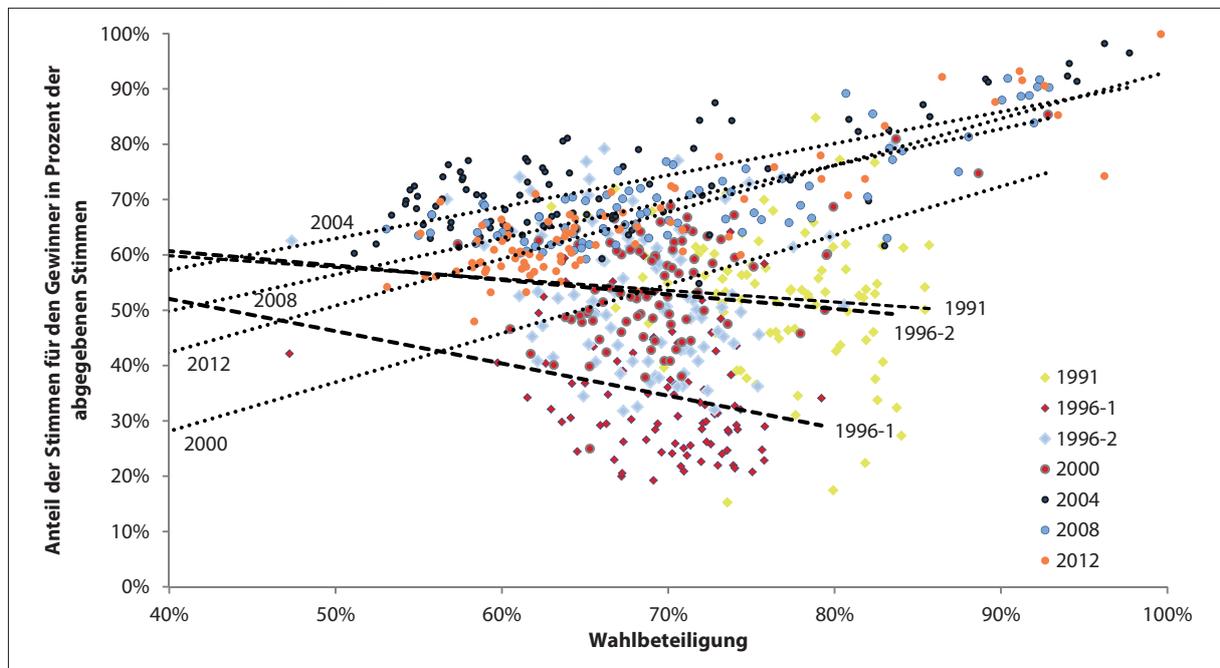
- Die Abhängigkeit der Stimmergebnisse für den Amtsinhaber bzw. den Kandidaten oder die Partei, die von der Administration unterstützt wird, von der Wahlbeteiligung;
- Die Verteilung der Wahlkommissionen nach Wahlbeteiligung.

### Wahlbeteiligung und Abstimmungsergebnis

Unter Wahlbeteiligung wird hier das Verhältnis der Anzahl der Wahlberechtigten, die auf dem Gebiet einer Wahlkommission zur Wahl gegangen sind, und der Anzahl der Wahlberechtigten, die in dem Wählerverzeichnis dieser Wahlkommission eingetragen sind, verstanden. Angemerkt sei auch, dass als Wert für die Verteilung der Wahlkommissionen nach Wahlbeteiligung ein verwandter, für die Analyse günstigerer Wert betrachtet wird, nämlich die Verteilung der Wählerverzeichnisses in Abhängigkeit von der Wahlbeteiligung; das macht es möglich, sich eines zutiefst russländischen Artefaktes zu entledigen, nämlich den Verzerrungen, die sich aus dem unnatürlichen Wahlverhalten in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen ergeben, in denen Wahlberechtigte zeitweilig untergebracht sind.

Das erste Schaubild (Grafik 1) zeigt, dass sich die 1990er und 2000er Jahre bei dem Merkmal »Abhängigkeit der Stimmergebnisse für den Amtsinhaber bzw. den Kandidaten, der von der Administration unterstützt wird, von der Wahlbeteiligung« frapierend unterscheiden.

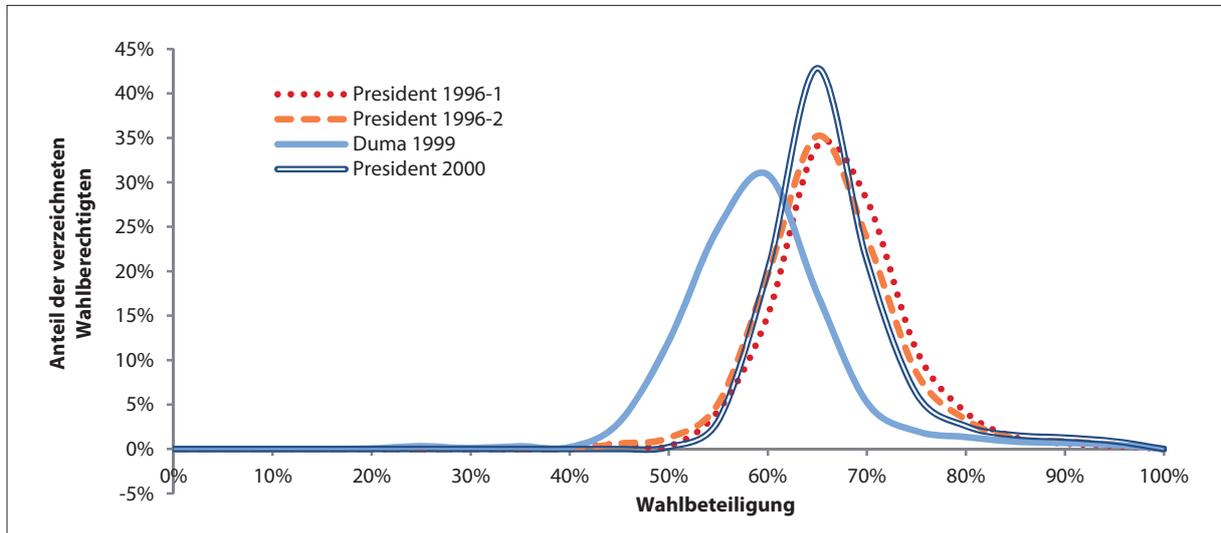
Grafik 1: Abhängigkeit der Stimmergebnisse für den Amtsinhaber bzw. den Kandidaten, der von der Administration unterstützt wird, von der Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen



Grafik 1 stellt die Ergebnisse aller Präsidentschaftswahlen dar, die in Russland stattgefunden haben. Die Punkte in dieser Grafik bezeichnen die Regionen Russlands (zwischen 89 Regionen 1991 und 83 im Jahr 2012). Es ist ersichtlich, dass in den 1990er Jahren die Stimmergebnisse für den Amtsinhaber bzw. den Kandidaten der Administration in jenen Regionen niedriger waren, in denen die Wahlbeteiligung höher war; in den 2000er Jahren hat sich dieses Verhältnis umgekehrt.

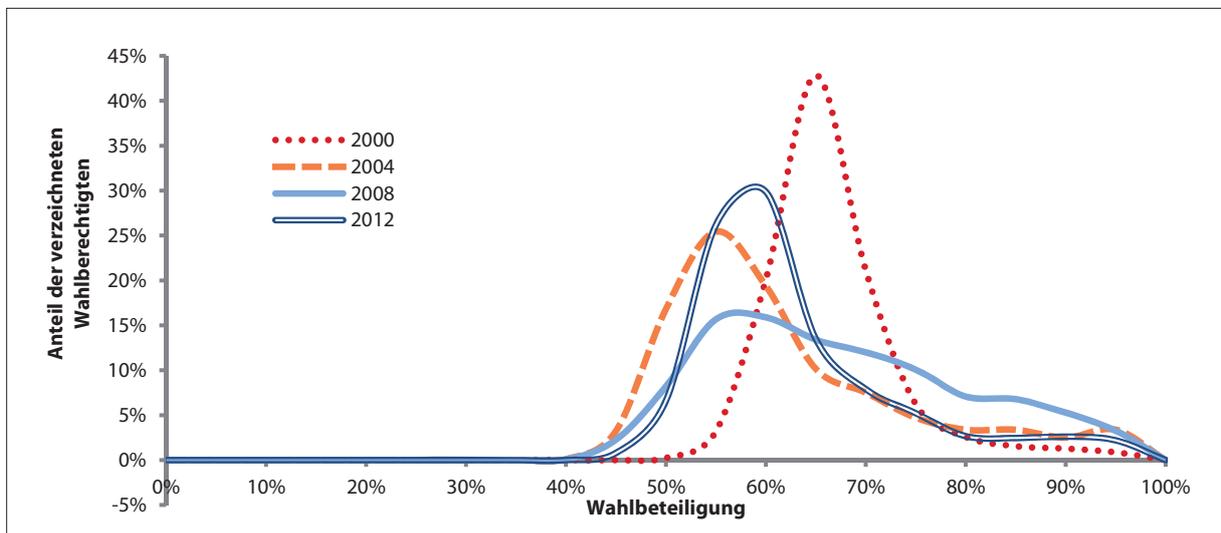
Betrachten wir nun, was mit der Wahlbeteiligung an sich geschah. Wenn wir diese in Intervalle von fünf Prozent teilen, für jedes Intervall die Anzahl der Wahlberechtigten berechnen, die bei jenen Wahlkommissionen verzeichnet sind, bei denen die Wahlbeteiligung in das jeweilige Intervall fällt (den linken Rand eingeschlossen, den rechten ausgeschlossen), und über alle Intervalle einen »geglätteten« Graph erstellen, dann erhalten wir für die Wahlen in den 1990er Jahren folgendes Bild (Grafik 2):

Grafik 2: Verteilung der Anzahl der jeweils bei den territorialen Wahlkommissionen verzeichneten Wahlberechtigten nach Wahlbeteiligung, 1990er Jahre



Wie erwartet ergibt sich das, was in der Statistik als Gaußsche oder Normalverteilung bezeichnet wird. Betrachten wir nun die entsprechende Grafik für die 2000er Jahre (Grafik 3):

Grafik 3. Verteilung der Wahlkommissionen in den Wahllokalen (russ.: UIK) nach Wahlbeteiligung, Präsidentschaftswahlen in den 2000er Jahren

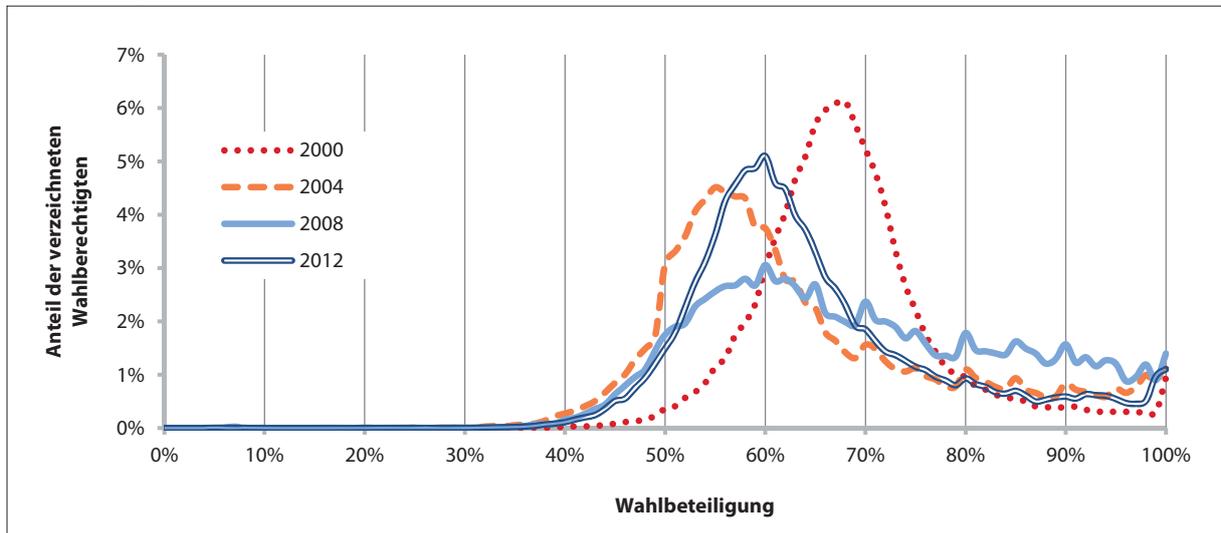


Es fällt auf, dass die Wahlen von 2004, 2012 und insbesondere die Wahlen 2008 hier eine unerwartete (unnatürliche) Verteilung aufweisen.

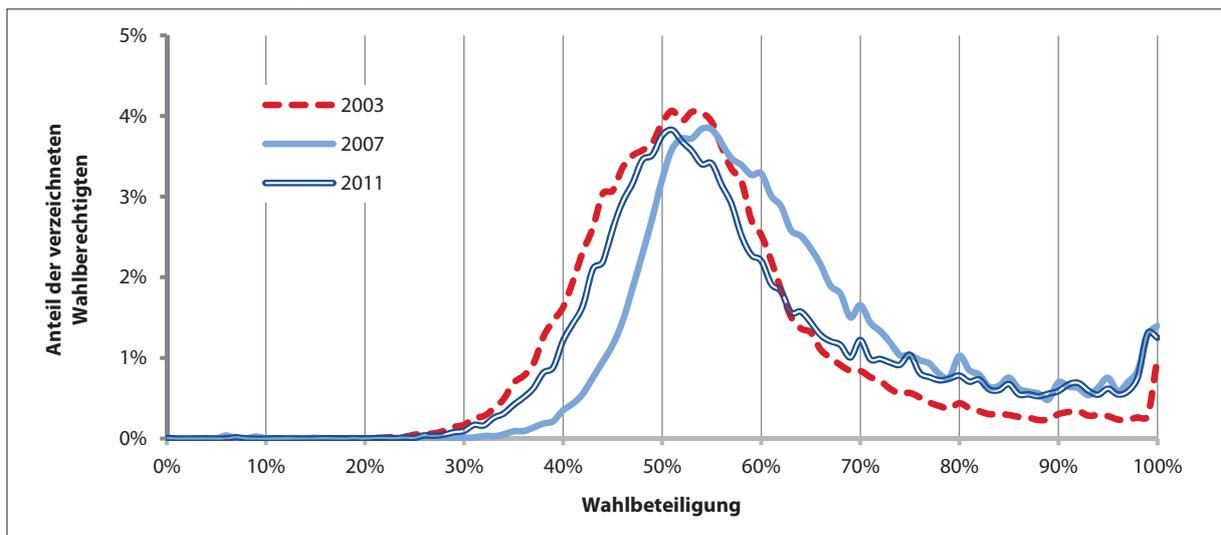
### Wahlkommissionen nach Wahlbeteiligung

Für die 2000er Jahre existiert eine detaillierte Statistik der Wahlkommissionen in den Wahllokalen (im Unterschied zu den 1990er Jahren, wo eine solche nur für die territorialen Wahlkommissionen bestand). Dadurch können wir die Verteilung durch Intervalle von einem Prozent genauer darstellen. (Grafiken 4 und 5):

Grafik 4: Verteilung der Wahlkommissionen in den Wahllokalen nach Wahlbeteiligung in Intervallen von einem Prozent, Präsidentschaftswahlen in den 2000er Jahren



Grafik 5: Verteilung der Wahlkommissionen in den Wahllokalen nach Wahlbeteiligung in Intervallen von einem Prozent, Dumawahlen in den 2000er Jahren

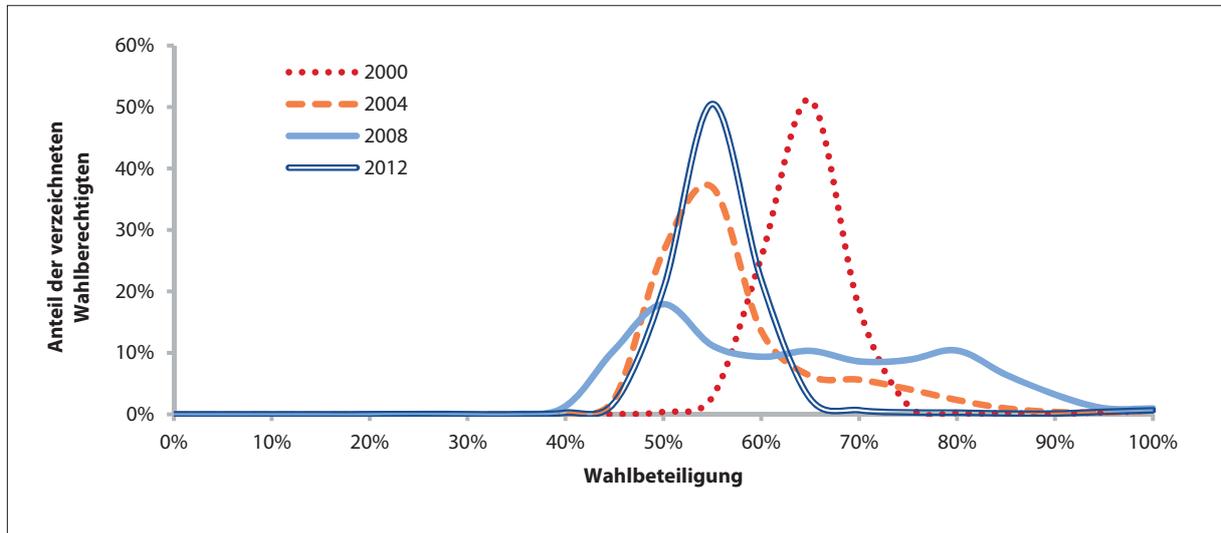


Die Grafiken 4 und 5 illustrieren einen weiteren bemerkenswerten Effekt: die lokalen Maxima bei den durch fünf teilbaren Werten für die Wahlbeteiligung. Man beachte, dass die Abweichungen von der Normalverteilung wie auch die Maxima bei diesen »runden« Werten der Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen 2012 zurückgegangen sind.

Die Signale zur staatlichen Lenkung der Wahlen verbreiten sich in Russland nur allmählich, aus der Hauptstadt in die Provinz. Daher ist die Entwicklung der Wahldaten in Moskau besonders anschaulich; zudem ist die Hauptstadt nach der Anzahl der Wahlberechtigten das größte Föderationssubjekt Russlands.

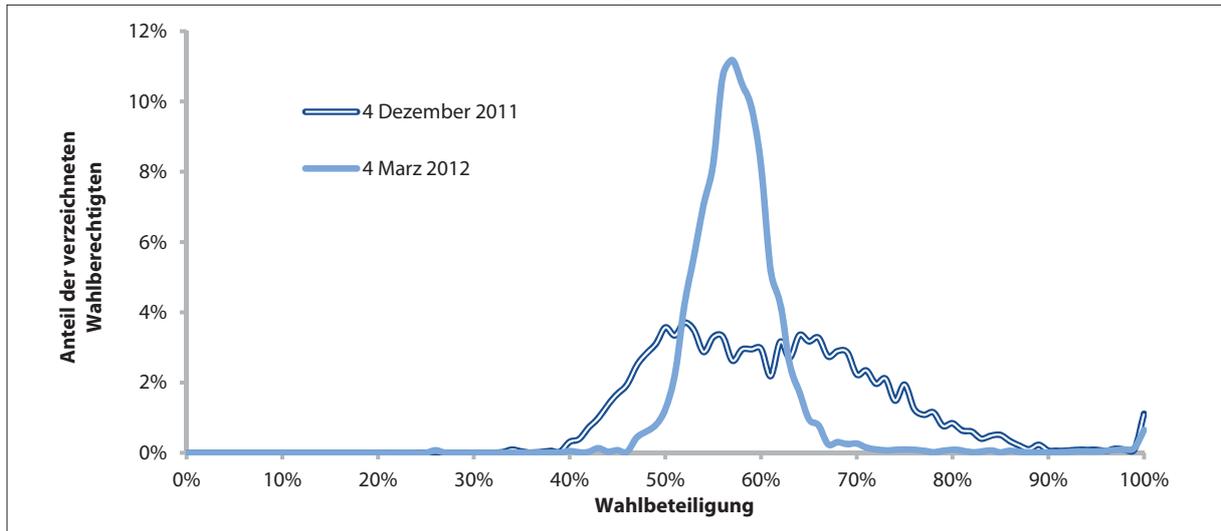
Die Entwicklung bei der Verteilung der Wahlkommissionen nach Wahlbeteiligung, wie sie in Moskau bei den russischen Präsidentschaftswahlen festzustellen ist, wird in Grafik 6 dargestellt:

Grafik 6: Verteilung der Moskauer Wahlkommissionen (Wählerverzeichnisse) nach Wahlbeteiligung in Intervallen von fünf Prozent, Präsidentschaftswahlen



Diese Grafiken lassen keinen Zweifel, dass die Ergebnisse in Moskau bei diesen Wahlen »handgemacht« waren. Die Gaußsche Verteilung bei den Wahlen 2012 zeigt, dass im kompakten Moskau – im Unterschied zum großen Russland – die Befehle der Administration zum Verzicht auf Fälschungen umgehend ankamen. Besonders eindringlich wird das durch die Grafik 7 demonstriert, in der Verteilungen nach Wahlbeteiligung dargestellt sind, die lediglich drei Monate auseinanderliegen:

Grafik 7: Verteilung der Wahlkommissionen in den Wahllokalen nach Wahlbeteiligung, in Intervallen von einem Prozent, in Moskau bei den Dumawahlen 2011 und den Präsidentschaftswahlen 2012



Eine Untersuchung der offiziellen Wahlstatistiken belegt somit, dass es in Russland von 2007 bis 2011 bei den Wahlen totale Fälschungen gegeben hat.

*Über den Autor:*

Andrey Buzin, Dr. jur. und Dr. rer.nat., Mitglied der Moskauer Wahlkommission, führender Experte der Wahlbeobachtungs-NGO GOLOS, Leiter der Abteilung Wahlmonitoring.

## Ergebnisse der Regionalwahlen am 14. September

Tabelle 1: Ergebnisse der Regionalwahlen am 14. September 2014

<i>Wahlen der Oberhäupter der Regionen</i>			
Region	Kandidaten auf den ersten drei Plätzen (Parteizugehörigkeit)	Ergebnis (%)	Wahlbeteiligung (%)
<i>Bezirk Altai</i>	<i>Karlin, Alexander</i> (»Einiges Russland« – ER)	72,97 %	34,33 %
	Jurtschenko, Sergej (KPRF)	11,22 %	
	Boronin, Oleg (»Gerechtes Russland« – SR)	7,54 %	
<i>Gebiet Archangelsk</i>	<i>Shilkin, Alexander</i> (ER)	75,28 %	40,52 %
	Schein, Oleg (SR)	16,22 %	
	Snegow, Oleg (KPRF)	4,11 %	
<i>Republik Baschkortostan</i>	<i>Chamitow, Rustem</i> (ER)	81,71 %	74,86 %
	Kutlugushin, Junir (KPRF)	10,13 %	
	Sucharew, Iwan (LDPR)	4,81 %	
<i>Gebiet Wolgograd</i>	<i>Botscharow, Andrej</i> (ER)	88,58 %	36,63 %
	Michejew, Oleg (SR)	4,40 %	
	Litwinzew, Dmitrij (LDPR)	2,43 %	
<i>Gebiet Wologda</i>	<i>Kuwschinnikow, Oleg</i> (ER)	62,98 %	29,69 %
	Morosow, Alexander (KPRF)	18,03 %	
	Karginow, Sergej (LDPR)	10,34 %	
<i>Gebiet Woronesch</i>	<i>Gordejew, Alexej</i> (ER)	88,75 %	57,19 %
	Aschifin, Konstantin (KPRF)	7,69 %	
	Filatow, Igor (LDPR)	1,13 %	
<i>Gebiet Iwanowo</i>	<i>Konkow, Pavel</i> (ER)	80,32 %	36,82 %
	Simin, Nikolaj (KPRF)	7,83 %	
	Sirotkin, Sergej (LDPR)	6,41 %	
<i>Republik Kalmykien</i>	<i>Orlow, Alexej</i> (ER)	84,45 %	61,71 %
	Nurow, Nikolaj (KPRF)	7,73 %	
	Wyschkwarok, Petr (LDPR)	2,82 %	
<i>Gebiet Kirow</i>	<i>Belych, Nikita</i> (Selbstbewerber, mit Unterstützung durch ER)	69,98 %	36,25 %
	Mamajew, Sergej (KPRF)	15,99 %	
	Tscherkasow, Kirill (LDPR)	9,92 %	
<i>Bezirk Krasnojarsk</i>	<i>Tolokonkij, Viktor</i> (ER)	63,28 %	31,22 %
	Sergijenko, Valerij (KPRF)	14,01 %	
	Serebrjakow, Iwan (Patrioten, Russlands)	13,90 %	
<i>Gebiet Kurgan</i>	<i>Kokorin, Alexej</i> (ER)	84,87 %	39,74 %
	Jewgenow, Iwan (KPRF)	8,07 %	
	Alexandrow, Jurij (LDPR)	4,38 %	
<i>Gebiet Kursk</i>	<i>Michajlow, Alexander</i> (ER)	66,81 %	38,96 %
	Firsow, Wladimir (KPRF)	11,73 %	
	Fedorow, Wladimir (LDPR)	10,33 %	

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Ergebnisse der Regionalwahlen am 14. September 2014 (Fortsetzung)

<i>Gebiet Lipetz</i>	<i>Korolew, Oleg (ER)</i>	<b>81,83 %</b>	<b>47,49 %</b>
	Chalimontschuk, Maksim (LDPR)	7,24 %	
	Podgornyj, Wladimir (Partei, der, Rentner)	3,09 %	
<i>Gebiet Murmansk</i>	<i>Kowtun, Marina (ER)</i>	<b>64,69 %</b>	<b>30,94 %</b>
	Antropow, Michail (KPRF)	11,29 %	
	Makarewitsch, Alexander (SR)	10,77 %	
<i>Autonomer Bezirk der Nenzen</i>	<i>Koschin, Igor (ER)</i>	<b>76,70 %</b>	<b>42,82 %</b>
	Smytschenkow, Andrej (LDPR)	7,67 %	
	Ostrodumow, Nikolaj (SR)	6,33 %	
<i>Gebiet Nischni Nowgorod</i>	<i>Schanzew, Valerij (ER)</i>	<b>86,93 %</b>	<b>54,34 %</b>
	Botschkarew, Alexander (SR)	5,65 %	
	Kurdjumow, Alexander (LDPR)	2,62 %	
<i>Gebiet Nowosibirsk</i>	<i>Gorodezkij, Wladimir (ER)</i>	<b>64,97 %</b>	<b>30,69 %</b>
	Savelew, Dmitrij (LDPR)	18,82 %	
	Kubanow, Anatolij (SR)	13,49 %	
<i>Gebiet Orenburg</i>	<i>Berg, Jurij (ER)</i>	<b>80,28 %</b>	<b>44,12 %</b>
	Mitin, Alexander (TschESTNO – Mensch, Gerechtigkeit, Verantwortung)	7,37 %	
	Titowa, Tatjana (Bürgerplattform)	4,50 %	
<i>Gebiet Orjol</i>	<i>Potomskij, Wadim (KPRF)</i>	<b>89,17 %</b>	<b>62,59 %</b>
	Uteschew, Witalij (LDPR)	3,74 %	
	Antjuchow, Jurij (»Molodaja Rossija«)	2,92 %	
<i>Bezirk Primorje</i>	<i>Mikluschewskij, Wladimir (ER)</i>	<b>77,43 %</b>	<b>40,06 %</b>
	Grischukow, Wladimir (KPRF)	12,67 %	
	Andrejtschenko, Andrej (LDPR)	4,77 %	
<i>Gebiet Pskow</i>	<i>Turtschak, Andrej (ER)</i>	<b>78,36 %</b>	<b>37,80 %</b>
	Rogow, Alexander (KPRF)	11,22 %	
	Brjatschak, Oleg (SR)	5,28 %	
<i>Republik Altai</i>	<i>Berdnikow, Alexander (ER)</i>	<b>50,63 %</b>	<b>54,13 %</b>
	Petrow, Wladimir (»Grashdanskaja sila«)	36,44 %	
	Romaschkin, Viktor (KPRF)	7,72 %	
<i>Republik Komi</i>	<i>Gajser, Vjatscheslaw (ER)</i>	<b>78,97 %</b>	<b>58,95 %</b>
	Bragin, Michail (LDPR)	6,85 %	
	Andrejew, Andrej (KPRF)	6,85 %	
<i>Stadt Sankt Petersburg</i>	<i>Poltawtschenko, Georgij (ER)</i>	<b>79,25 %</b>	<b>37,97 %</b>
	Iwanowa, Irina (KPRF)	9,39 %	
	Suchenko, Konstantin (LDPR)	3,85 %	
<i>Gebiet Samara</i>	<i>Merkuschkin, Nikolaj (ER)</i>	<b>91,35 %</b>	<b>61,40 %</b>
	Matwejew, Michail (KPRF)	3,95 %	
	Belousow, Michail (LDPR)	1,69 %	

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 1: Ergebnisse der Regionalwahlen am 14. September 2014 (Fortsetzung)**

<i>Bezirk Stawropol</i>	<i>Wladimirow, Wladimir (ER)</i>	<b>84,11 %</b>	<b>47,70 %</b>
	Gontscharow, Viktor (KPRF)	6,16 %	
	Drosdowa, Olga (LDPR)	5,35 %	
<i>Gebiet Tjumen</i>	<i>Jakuschew, Wladimir (ER)</i>	<b>86,56 %</b>	<b>58,26 %</b>
	Seljukow, Michail (LDPR)	6,32 %	
	Piskajkin, Wladimir (SR)	5,20 %	
<i>Republik Udmurtien</i>	<i>Solowjow, Alexander (ER)</i>	<b>84,84 %</b>	<b>43,08 %</b>
	Tschepkasow, Wladimir (KPRF)	7,65 %	
	Markin, Andrej (LDPR)	3,39 %	
<i>Gebiet Tscheljabinsk</i>	<i>Dubrowskij, Boris (ER)</i>	<b>86,37 %</b>	<b>45,51 %</b>
	Nazijewskij, Konstantin (KPRF)	5,25 %	
	Paschin, Witalij (LDPR)	4,10 %	
<i>Republik Sacha (Jakutien)</i>	<i>Borisow, Jegor (ER)</i>	<b>58,79 %</b>	<b>52,70 %</b>
	Bereskin, Ernst (Bürgerplattform)	29,49 %	
	Gubarjow, Viktor (KPRF)	5,31 %	
<b>Wahlen für die Regionalparlamente</b>			
<b>Region</b>	<b>Parteien, die über 5 % der Stimmen erhielten</b>	<b>Ergebnis (%)</b>	<b>Wahlbeteiligung (%)</b>
<i>Gebiet Brjansk</i>	<i>ER</i>	<b>71,95 %</b>	<b>49,90 %</b>
	KPRF	9,08 %	
	LDPR	5,22 %	
<i>Gebiet Wolgograd</i>	<i>ER</i>	<b>60,14 %</b>	<b>36,62 %</b>
	KPRF	14,33 %	
	LDPR	8,15 %	
	SR	5,21 %	
<i>Republik Kabardino-Balkarien</i>	<i>ER</i>	<b>65,28 %</b>	<b>71,06 %</b>
	KPRF	11,55 %	
	SR	11,51 %	
	Grüne	5,11 %	
	LDPR	5,10 %	
<i>Republik Karatschajewo-Tscherkessien</i>	<i>ER</i>	<b>73,21 %</b>	<b>67,56 %</b>
	KPRF	9,66 %	
	SR	5,99 %	
	Patrioten Russlands	5,80 %	
	LDPR	5,10 %	
<i>Republik Krim</i>	<i>ER</i>	<b>70,47 %</b>	<b>52,80 %</b>
	LDPR	8,28 %	
<i>Republik Mari El</i>	<i>ER</i>	<b>65,39 %</b>	<b>41,66 %</b>
	KPRF	13,83 %	
	LDPR	8,26 %	

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 1: Ergebnisse der Regionalwahlen am 14. September 2014 (Fortsetzung)**

<i>Stadt Moskau (Zahl der Kandidaten, die Einzelmandate gewonnen haben)</i>	<i>ER</i>	<b>28</b>	<b>21,04 %</b>
	Einzelbewerber, unterstützt von ER	10	
	KPRF	5	
	LDPR	1	
	Rodina	1	
<i>Autonomer Bezirk der Nenzen</i>	<i>ER</i>	<b>45,62 %</b>	<b>41,47 %</b>
	KPRF	19,26 %	
	LDPR	10,75 %	
	Rodina	5,51 %	
	Bürgerkraft	5,12 %	
<i>Republik Altai</i>	<i>ER</i>	<b>44,70 %</b>	<b>54,10 %</b>
	KPRF	12,11 %	
	SR	7,77 %	
	LDPR	7,48 %	
	Patrioten Russlands	6,21 %	
<i>Stadt Sewastopol</i>	<i>ER</i>	<b>76,62 %</b>	<b>47,97 %</b>
	LDPR	7,33 %	
<i>Republik Tatarstan</i>	<i>ER</i>	<b>84,24 %</b>	<b>80,42 %</b>
	KPRF	5,55 %	
<i>Gebiet Tula</i>	<i>ER</i>	<b>65,98 %</b>	<b>40,52 %</b>
	KPRF	11,81 %	
	LDPR	8,67 %	
<i>Republik Tuwa</i>	<i>ER</i>	<b>84,03 %</b>	<b>70,03 %</b>
<i>Bezirk Chabarowsk</i>	<i>ER</i>	<b>57,13 %</b>	<b>25,45 %</b>
	KPRF	14,12 %	
	LDPR	13,35 %	
Wahlen der Bürgermeister der Regionalhauptstädte			
Stadt, Region	Kandidaten auf den ersten drei Plätzen (Parteizugehörigkeit)	Ergebnis (%)	Wahlbeteiligung (%)
<i>Anadyr, Autonomer Bezirk der Tschuktschen</i>	<i>Dawidenko, Ilja (ER)</i>	<b>83,08 %</b>	<b>39,06 %</b>
	Antonjuk, Boshena (LDPR)	9,11 %	
	Ischkow, Viktor (Selbstbewerber)	6,21 %	
<i>Blagoweschtschensk, Gebiet Amur</i>	<i>Kozlow, Alexander (ER)</i>	<b>38,68 %</b>	<b>26,81 %</b>
	Rakutina, Tatjana (KPRF)	16,97 %	
	Abramow, Iwan (LDPR)	16,51 %	

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Ergebnisse der Regionalwahlen am 14. September 2014 (Fortsetzung)

<i>Jushno-Sachalinsk, Gebiet Sachalin</i>	<i>Nadsadin, Sergej (ER)</i>	79,40 %	21,04 %
	Moskalew, Alexander (LDPR)	3,88 %	
	Burdjugow, Konstantin (SR)	3,11 %	
<b>Wahlen der Abgeordneten der Regionalhauptstädte nach Parteilisten</b>			
Stadt, Region	Parteien, die über 5 % der Stimmen erhielten	Ergebnis (%)	Wahlbeteiligung (%)
<i>Blagoweschtschensk, Gebiet Amur</i>	<i>ER</i>	40,11 %	26,84 %
	KPRF	20,73 %	
	LDPR	20,01 %	
	Russische Partei der Rentner für Gerechtigkeit	7,61 %	
<i>Brjansk, Gebiet Brjansk</i>	<i>ER</i>	67,44 %	41,50 %
	KPRF	12,14 %	
	LDPR	5,21 %	
<i>Wladikawkas, Republik Nordossetien</i>	<i>ER</i>	62,04 %	64,79 %
	Patrioten Russlands	22,66 %	
	KPRF	5,61 %	
	SR	5,36 %	
<i>Murmansk, Gebiet Murmansk</i>	<i>ER</i>	44,38 %	29,99 %
	LDPR	13,55 %	
	SR	11,84 %	
	KPRF	10,40 %	
	Bürgerplattform	7,05 %	
<i>Simferopol, Republik Krim</i>	<i>ER</i>	59,61 %	51,89 %
	LDPR	17,43 %	
	KPRF	6,30 %	
<i>Elista, Republik Kalmykien</i>	<i>ER</i>	47,10 %	43,59 %
	KPRF	17,60 %	
	Bürgerplattform	10,26 %	

ER: Einiges Russland

SR: Gerechtes Russland

KPRF: Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR: Liberademokratische Partei Russlands

Quelle: Kommersant, Nr. 166 (5439) vom 16.09.14 <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2568087>>, 16. September 2014, zusammengestellt nach Angaben der Zentralen Wahlkommission der RF, Stand: 15.9.2014, 20 Uhr Moskauer Zeit.

## Einheitsergebnis am Einheitswahntag oder Tricks der Wahlmanipulation und ihre Aufdeckung

Die Regionalwahlen nahmen auch in der Blogosphäre einen erheblichen Raum ein. Viele Autoren thematisierten die Vorfälle und Unregelmäßigkeiten bei der Vorbereitung und der Durchführung der Wahlen:

### Gouverneurswahlen in St. Petersburg

Eine äußerst schmutzige Wahlkampagne fand bei den Gouverneurswahlen in St. Petersburg statt. Die Spannung über den Wahlausgang verschwand bereits zwei Monate vor dem Wahntag nach der Ausschaltung der populären Oxana Dmitrijewa (»Gerechtes Russland«). Die regierungskritische Politikerin scheiterte am kommunalen Filter, als es ihr nicht gelang, der Wahlkommission die notwendigen 156 Unterschriften von Abgeordneten aus den Kreis- und Bezirksversammlungen vorzulegen. Seitdem galt der Sieg des amtierenden Bürgermeisters Georgij Poltawtschenko als gesichert. Gleichwohl wurde über massive Wahlmanipulation am Wahntag berichtet. Der Blogger mit dem Pseudonym idro verglich die Zahlen aus dem offiziellen Abschlussprotokoll des Wahllokals, das er als Wahlbeobachter nach der Stimmenzählung vor Ort bekommen hatte, mit den endgültigen Angaben des Wahlkomitees von St. Petersburg und stellte fest, dass sich die Stimmenzahl für Poltawtschenko sowie die Wahlbeteiligung verdoppelt haben: »[...] *haben an den Wahlen insgesamt 601 Personen von 2.354 teilgenommen*. Nach Angaben der offiziellen Internetseite der Wahlkommission haben aber *allein 1.048 Menschen für G. S. Poltawtschenko gestimmt*. Und 1.247 an den Wahlen teilgenommen. Nun stellt sich unweigerlich die Frage – woher kommen diese weiteren 646 Personen? Sollte etwa der klare Sieg (500 von 601 Stimmen) für die Legitimation des Gouverneurs nicht ausreichend gewesen sein? Man musste die Wahlbeteiligung hochkurbeln, aber wie nur... In den Nachbarwahllokalen wie auch in der Stadt ist die Situation analog.« *Idro bei »Livejournal«, 15.09.2014* <<http://idro.livejournal.com/88318.html>>

### Attacken auf einen Wahlbeobachter

Die Arbeit der unabhängigen Wahlbeobachter in Russland ist nicht nur spannend, sondern auch lebensgefährlich. So wurde Andrej Skorochod, Mitglied einer Territorialen Wahlkommission von der Wahlbeobachterorganisation »Golos«, der in einem Wahllokal in Balaschicha, einem Vorort Moskaus, mehrere Stapel von gefälschten Stimmzetteln in einer Wahlurne entdeckt und Fotos des Wahlverstoßes auf Twitter veröffentlicht hatte, von zwei Unbekannten verprügelt und dabei schwer verletzt. Dies geschah vor Augen eines Polizisten, der zur Sicherheit des Urnengangs diesem Wahllokal zugeteilt war und trotzdem nicht einschritt, obwohl er nach eigenen Angaben alles gesehen hatte. Als Skorochod mit dem Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht wurde, stellten Ärzte bei ihm nicht nur einen Nasenbeinbruch und eine Gehirnerschütterung fest, sondern auch einen alkoholisierten Zustand, was im Falle eines Gerichtsverfahrens all seine Äußerungen nichtig machen würden. Der Projekt-Koordinator von »Golos«, Roman Udot, empört sich in seinem Blog bei Echo Moskwj über die Zusammenarbeit der Wahlkommission in dem Wahllokal und der Wahlkommission des Moskauer Gebietes sowie der Polizei und anscheinend auch der Ärzte, die am Einheitswahntag alle treu dem Rundbefehl von oben folgten, die Registrierung von Wahlverstoßen zu verhindern: »Der Leser unseres [schlechten] Krimis könnte nun aufschreiben: *Das ist doch eine organisierte kriminelle Vereinigung zur rechtswidrigen Eroberung und Erhaltung der Macht!* In der Tat, damit Stapel von Stimmzetteln in die Wahlurne gelangen, muss die Wahlkommission eines Wahllokals sie nicht nur jemanden ausgehändigt haben, sondern auch das Registerbuch mit einer gewissen Zahl gefälschter Wählerunterschriften versehen haben. Damit alles glatt geht, muss die Wahlkommission des Moskauer Gebietes alle Warnmeldungen ignorieren und die Öffentlichkeit ablenken. Die Polizei muss ihren Beitrag leisten: Den »Stopfern«, die die Stimmzettel eingeworfen haben, die Möglichkeit geben, zu gehen, die Stapel selbst nicht bemerken und sogar die Schlägerei in der Territorialen Wahlkommission ignorieren. Und dann müssen noch Ärzte und die Staatsanwaltschaft den neuen Mitgliedern der Stadtversammlung Balaschicha mit allen Mitteln helfen, zu »gewählten« [Stadträten] zu werden.«

*Roman Udot im Blog bei Echo Moskwj, 19.09.2014* <[http://echo.msk.ru/blog/roman\\_udot/1402970-echo/](http://echo.msk.ru/blog/roman_udot/1402970-echo/)>

### »Einwürfe«

Die Regionalwahlen am 14. September 2014 haben gezeigt, dass die sogenannten »wbrossy«, also der Einwurf mehrerer gefälschter Stimmzettel in die Wahlurne, sowie die künstliche Erhöhung der Wahlbeteiligung immer noch beliebte Manipulationsmethoden sind. Diese erfolgen in der Regel in den letzten Stunden vor der Schließung des Wahllokals und werden von den Leitern der Wahlkommissionen dort gesteuert. Der Blogger Alexander Kirejew fasste die offiziell-

len Angaben einzelner Wahlkommissionen in St. Petersburg und Moskau zusammen und analysiert die Auffälligkeiten bei der Wahlbeteiligung in den beiden Metropolen Russlands. Kirejew stellt fest, dass die Wahlbeteiligung in St. Petersburg in den letzten zwei Stunden, von 18 bis 20 Uhr äußerst hoch war und im Durchschnitt ca. 43 % betrug. In einzelnen territorialen Wahlkommissionen lag die Abendstimmabgabe bei über 60 % der gesamten Wahlbeteiligung. *Alexander Kirejew im Livejournal-Blog, 15.09.2014, <<https://kireev.livejournal.com/1069976.html>>*

### Vorgezogene Stimmabgabe

Einen relativ neuen Trick der russischen Macht stellt die Nötigung der Wähler zur vorgezogenen Stimmabgabe dar. Diese Praxis lässt viele Lücken zur Wahlmanipulation und Fälschung von Stimmzetteln. Extrem hoch waren Zahlen der vorgezogenen Stimmabgabe bei den jüngsten Gouverneurswahlen in der »nördlichen Hauptstadt«. »In St. Petersburg haben 350.000 Personen, also 9 % der Gesamtwählerzahl, vorgezogen abgestimmt. In Moskau waren es zum Vergleich 20.000 Personen, also weniger als 0,5 %. Wenn man die vorgezogenen Wahl zur Hauptwahl macht, verstößt es gegen 27 von 84 Paragraphen des Gesetzes über die allgemeinen Garantien der Wahlrechte,« klagt die Politikerin Oxana Dmitrijewa in dem Beitrag »Fantastische Wahlfälschung in Petersburg« in ihrem Blog bei Echo Moskwj. »Nun zu dem, wie die vorgezogene Wahl organisiert wurde. Wähler wurden nach Anordnung aus den staatlichen Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen mit Bussen und unter Zwang in die Wahllokale gebracht, was eine Straftat darstellt. [...] In Wirklichkeit konnten 5 % Wähler auf diese Weise zur vorgezogenen Stimmabgabe gebracht werden, die restlichen 4 % sind einfach direkte Wahlfälschung. Zu diesen Stimmen gibt es sogar keine realen Listen von Wählern, die vorgezogen abgestimmt haben.«

*Oxana Dmitrijewa im Blog bei Echo Moskwj, 19.09.2014 <<http://echo.msk.ru/blog/dmitrieva/1402740-echo/>>*

### Der kommunale Filter

Zum Einsatz einer neuen Methode zur »vorzeitigen Ausschaltung« der Oppositionskandidaten, nämlich des »kommunalen Filters«, äußert Alexej Nawalnyj scharfe Kritik. Der unter Hausarrest stehende Politiker war selbst vor den Moskauer Bürgermeisterwahlen 2013 mit dieser Hürde konfrontiert gewesen und nur nach der plötzlichen Einmischung und Unterstützung durch seinen Rivalen Sergej Sobjanin zu den Wahlen zugelassen worden. Nawalnyj besteht darauf, dass es beinahe unmöglich war, rechtmäßig zur Registrierung als Kandidat für die Moskauer Stadtduma ca. 5.000 Unterschriften von Wählern aus dem jeweiligen Wahlkreis zu sammeln. Selbst nach der Abgabe von Unterschriften können Kandidaten der Willkür der Wahlkommission ausgesetzt sein. Die Behörde hat die Befugnis, die Unterschriften der Regierungsgegner für ungültig zu erklären oder auch bei gefälschten Unterschriften für die »Kandidaten der Macht« beide Augen zu zu drücken. Diese Manipulation ist schwer nachzuweisen. Ein gewisses Indiz, dass der kommunale Filter zugunsten der Macht instrumentalisiert wird, stellt ein Vergleich mit der Zahl der anschließend tatsächlich abgegebenen Stimmen dar: »Vergleichen wir einfach eine Durchschnittsbarriere von 5.000 Unterschriften und die reale Stimmzahl bei den Wahlen. Wir schauen und erinnern uns, dass es *deutlich schwieriger ist, eine regulär abgefasste Unterstützerunterschrift für einen Kandidaten zu bekommen als eine Stimme bei der Wahl*. Betrachten wir zunächst unsere »Exklusiv-Parteien«. Bei »Jabloko« gibt es nur *10 von 44 Kandidaten*, die mehr Stimmen bekommen haben als jene Barriere, die für die Unabhängigen errichtet wurde. Bei »Gerechtes Russland« sind es 10 von 45. Mit der LDPR ist alles klar. Bei denen hat nur ein Kandidat, der die Unterstützung von Sobjanin hatte, mehr als die Barriere bekommen, nämlich der Baumagnat Balaikin, der mit der LDPR überhaupt nichts zu tun hat. Die »Bürgerplattform« stellen wir in einer gesonderten Tabelle dar. Ihre Kandidaten mussten Unterschriften sammeln, auch wenn sie formal keine selbstnominierten Kandidaten waren. Drei von fünf haben mehr Stimmen als »gesammelte Unterschriften« bekommen. Die KPRF ist die einzige Partei der »System-Opposition«, die einen gewissen Anspruch auf vergünstigte Registrierung von Kandidaten hat. 35 von 45 Kandidaten haben mehr als 5.000 Stimmen bekommen. Nun zur Hauptsache: Schauen wir uns die Liste der »Selbstnominierten« an. Jede in dieser Liste hat formal eine gigantische Leistung vollbracht, [Unterschriften]Sammler rekrutiert und 5.000 Unterschriften bei den Wählern in seinem Wahlkreis gesammelt. *Nur 13 Personen von 41 bekamen [bei den Wahlen] mehr als 5.000 Stimmen*. Was ist mit den anderen passiert? Sowa gibt es doch nicht: 5.000 Unterschriften zu sammeln und 1.000 Stimmen bei der Wahl zu bekommen. Und das ist der Beweis, dass sowohl Sobjanin, als auch unser »Kroate Gorbunow«<sup>1</sup>, als auch andere für Wahlen zuständige Beamte der Stadtverwaltung waschechte Straftaten begehen. Sie fälschen Unterschriften für die Scheinkandidaten und registrieren sie dann aufgrund dieser gefälschten Unterschriften.«

*Alexej Nawalnyj im Blog [navalny.com](http://navalny.com), 16.09.2014 <<https://navalny.com/p/3817/>>*

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin  
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

1 Anspielung auf den Immobilienbesitz einer kroatischen Firma, die der Familie Gorbunows gehören soll. S. Nawalnyj, 04.09.2014; <<https://navalny.com/p/3779/>>

UMFRAGE

**Probleme, die den Russen am meisten Sorgen bereiten**

**Tabelle 2: Welche der folgenden Probleme unserer Gesellschaft machen Ihnen am meisten Sorgen, sehen Sie als größte Probleme an? (mehrere Antwortmöglichkeiten)**

	Jun. 2006	Jun. 2007	Jul. 2008	Aug. 2009	Aug. 2010	Aug. 2011	Aug. 2012	Aug. 2013	Aug. 2014
Preissteigerungen	70 %	64 %	82 %	76 %	72 %	73 %	67 %	69 %	71 %
Armut, Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung	51 %	52 %	45 %	56 %	51 %	52 %	48 %	55 %	40 %*
Starke Spaltung zwischen Arm und Reich, ungerechte Einkommensverteilung	30 %	32 %	35 %	30 %	29 %	27 %	29 %	33 %	30 %
Wirtschaftskrise, schlechter Zustand der Industrie und Landwirtschaft	27 %	28 %	29 %	38 %	36 %	32 %	32 %	29 %	28 %
Anstieg der Arbeitslosigkeit	34 %	30 %	25 %	51 %	38 %	41 %	33 %	36 %	26 %*
Korruption, Bestechung	25 %	27 %	27 %	28 %	33 %	27 %	35 %	39 %	26 %*
Zustrom Fremder, Migranten	10 %	9 %	12 %	11 %	11 %	12 %	16 %	27 %	24 %
Fehlender Zugang zu vielen Bereichen der Gesundheitsversorgung	31 %	32 %	31 %	27 %	26 %	24 %	24 %	23 %	23 %
Krise von Moral, Kultur und Sittlichkeit	24 %	28 %	26 %	26 %	28 %	26 %	31 %	30 %	18 %*
Anstieg der Kostenpflichtigkeit, fehlender Zugang zu Bildung	28 %	26 %	26 %	16 %	20 %	18 %	20 %	20 %	16 %
Anstieg des Drogenmissbrauchs	29 %	25 %	29 %	25 %	32 %	25 %	24 %	22 %	14 %*
Verschlechterung des Umweltzustands	24 %	22 %	23 %	18 %	31 %	25 %	21 %	19 %	14 %
Beamtenwillkür	10 %	9 %	10 %	13 %	18 %	14 %	13 %	14 %	12 %
Anstieg des Nationalismus, Verschlechterung der internationalen Beziehungen	10 %	7 %	5 %	5 %	6 %	9 %	7 %	10 %	11 %
Anstieg der Strafverbrechen	29 %	28 %	27 %	22 %	21 %	21 %	16 %	15 %	8 %*
Unmöglichkeit, sein Recht vor Gericht einzuklagen	6 %	8 %	7 %	7 %	9 %	6 %	5 %	7 %	6 %
Gefahr von Anschlägen und anderen terroristischen Handlungen am Wohnort	10 %	6 %	4 %	5 %	10 %	12 %	6 %	5 %	6 %
Schwäche der Staatsmacht	11 %	9 %	9 %	9 %	13 %	10 %	8 %	9 %	6 %
Polizeibrutalität	8 %	9 %	9 %	12 %	12 %	7 %	7 %	5 %	5 %
Verzug bei den Lohnzahlungen, Renten und Leistungen	5 %	3 %	4 %	6 %	5 %	6 %	4 %	3 %	4 %
Konflikte zwischen verschiedenen Staatsorganen	2 %	2 %	2 %	4 %	3 %	3 %	2 %	2 %	3 %
Einschränkung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten (Meinungs-, Pressefreiheit)	2 %	1 %	2 %	3 %	4 %	4 %	4 %	3 %	3 %
Anstieg der AIDS-Erkrankungen	5 %	8 %	7 %	6 %	6 %	3 %	3 %	2 %	2 %
Terroranschläge im Nordkaukasus	4 %	4 %	2 %	9 %	8 %	7 %	3 %	3 %	2 %
Anderes	1 %	2 %	3 %	2 %	2 %	2 %	2 %	2 %	2 %
Keine Antwort	1 %	3 %	1 %	1 %	2 %	3 %	2 %	2 %	3 %

\* Bei diesen Problemen ist im vergangenen Halbjahr eine bedeutende Veränderung eingetreten.

Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums vom 22.–25. August 2014, N = 1600, veröffentlicht am 12. September 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/12-09-2014/problems-bo-lee-vsego-trevozhashchie-rossijan>>

## Was bedroht Russland?

Tabelle 3: Welche der folgenden Bedrohungen für unser Land scheinen Ihnen am ehesten real?  
(jeweils eine Antwortmöglichkeit)

	2005	2006	2007	2008	2009	2012	2013	2014
<b>Besiedelung Russlands durch andere Nationalitäten (Chinesen, Vietnamesen u. a.)</b>								
Sehr real	58 %	-	-	-	-	-	35 %	27 %
Möglich aber unwahrscheinlich	27 %	-	-	-	-	-	33 %	35 %
Praktisch unreal	13 %	-	-	-	-	-	25 %	35 %
Keine Antwort	2 %	-	-	-	-	-	7 %	3 %
<b>Terroranschläge auf strategisch wichtige Objekte (Atomkraftwerke, Staudämme, städtische Infrastruktursysteme u. a.)</b>								
Sehr real	67 %	41 %	38 %	46 %	43 %	30 %	28 %	24 %
Möglich aber unwahrscheinlich	24 %	39 %	37 %	33 %	38 %	37 %	40 %	39 %
Praktisch unreal	6 %	15 %	17 %	13 %	13 %	25 %	25 %	31 %
Keine Antwort	3 %	5 %	7 %	8 %	6 %	8 %	7 %	6 %
<b>Niedergang von Kultur, Wissenschaft und Bildung</b>								
Sehr real	59 %	31 %	22 %	36 %	37 %	-	33 %	24 %
Möglich aber unwahrscheinlich	28 %	33 %	36 %	30 %	31 %	-	35 %	31 %
Praktisch unreal	12 %	31 %	36 %	26 %	26 %	-	26 %	42 %
Keine Antwort	2 %	4 %	6 %	8 %	6 %	-	6 %	3 %
<b>Militärische Konflikte mit den nächsten Nachbarn (Ukraine, Georgien, Baltikum u. a.)</b>								
Sehr real	26 %	19 %	21 %	21 %	23 %	8 %	10 %	23 %
Möglich aber unwahrscheinlich	38 %	44 %	42 %	38 %	40 %	29 %	30 %	41 %
Praktisch unreal	31 %	31 %	29 %	31 %	29 %	53 %	51 %	31 %
Keine Antwort	5 %	6 %	8 %	9 %	8 %	10 %	8 %	5 %
<b>Umweltkatastrophe</b>								
Sehr real	59 %	41 %	36 %	48 %	41 %	-	28 %	21 %
Möglich aber unwahrscheinlich	30 %	39 %	39 %	33 %	36 %	-	40 %	40 %
Praktisch unreal	9 %	16 %	17 %	12 %	17 %	-	26 %	34 %
Keine Antwort	2 %	4 %	8 %	7 %	5 %	-	6 %	5 %
<b>Spaltung innerhalb der aktuell herrschenden Elite, verschärfter Machtkampf</b>								
Sehr real	46 %	31 %	27 %	16 %	25 %	17 %	24 %	16 %
Möglich aber unwahrscheinlich	30 %	42 %	39 %	27 %	34 %	32 %	36 %	29 %
Praktisch unreal	14 %	20 %	24 %	42 %	33 %	43 %	32 %	50 %
Keine Antwort	10 %	7 %	10 %	15 %	8 %	8 %	8 %	6 %
<b>Gefahr aus dem Weltraum (Kometen, Meteoriten u. a.)</b>								
Sehr real	15 %	17 %	14 %	17 %	20 %	-	19 %	15 %
Möglich aber unwahrscheinlich	24 %	33 %	29 %	35 %	30 %	-	40 %	33 %
Praktisch unreal	50 %	41 %	41 %	35 %	38 %	-	32 %	46 %
Keine Antwort	11 %	8 %	16 %	13 %	12 %	-	9 %	6 %
<b>Erschöpfte Öl- und Gasreserven und andere Bodenschätze</b>								
Sehr real	46 %	36 %	30 %	40 %	30 %	-	25 %	15 %
Möglich aber unwahrscheinlich	30 %	37 %	39 %	34 %	36 %	-	36 %	36 %
Praktisch unreal	14 %	24 %	24 %	20 %	28 %	-	32 %	45 %
Keine Antwort	10 %	4 %	7 %	7 %	6 %	-	6 %	4 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 3: Welche der folgenden Bedrohungen für unser Land scheinen Ihnen am ehesten real? (jeweils eine Antwortmöglichkeit)**

	2005	2006	2007	2008	2009	2012	2013	2014
<b>Krieg gegen Länder des Westens</b>								
Sehr real	17 %	13 %	10 %	13 %	10 %	5 %	11 %	13 %
Möglich aber unwahrscheinlich	31 %	36 %	28 %	30 %	26 %	21 %	27 %	34 %
Praktisch unreal	46 %	47 %	51 %	46 %	55 %	65 %	54 %	46 %
Keine Antwort	7 %	4 %	10 %	11 %	9 %	10 %	8 %	7 %
<b>Massenepidemien (Cholera, AIDS, SARS u. a.)</b>								
Sehr real	37 %	27 %	22 %	29 %	28 %	-	17 %	13 %
Möglich aber unwahrscheinlich	38 %	46 %	40 %	39 %	37 %	-	41 %	34 %
Praktisch unreal	22 %	23 %	29 %	25 %	29 %	-	34 %	49 %
Keine Antwort	3 %	4 %	8 %	8 %	7 %	-	8 %	5 %
<b>Rasches Absinken des Lebensstandards bis hin zu Hunger eines großen Teils der Bevölkerung</b>								
Sehr real	70 %	26 %	22 %	31 %	30 %	18 %	22 %	12 %
Möglich aber unwahrscheinlich	23 %	38 %	37 %	34 %	38 %	33 %	36 %	33 %
Praktisch unreal	6 %	33 %	36 %	29 %	26 %	41 %	35 %	51 %
Keine Antwort	1 %	4 %	5 %	6 %	6 %	7 %	7 %	4 %
<b>Aussterben der russischen Bevölkerung auf Grund einer niedrigen Geburtenrate</b>								
Sehr real	58 %	36 %	25 %	31 %	29 %	-	23 %	11 %
Möglich aber unwahrscheinlich	25 %	38 %	37 %	37 %	35 %	-	36 %	29 %
Praktisch unreal	15 %	23 %	33 %	28 %	33 %	-	37 %	56 %
Keine Antwort	2 %	2 %	6 %	4 %	3 %	-	5 %	4 %
<b>Krieg gegen Länder im Süden und Süd-Osten</b>								
Sehr real	20 %	12 %	10 %	12 %	10 %	5 %	11 %	10 %
Möglich aber unwahrscheinlich	32 %	37 %	29 %	28 %	28 %	20 %	32 %	27 %
Praktisch unreal	39 %	45 %	50 %	47 %	51 %	65 %	48 %	56 %
Keine Antwort	10 %	6 %	11 %	13 %	11 %	10 %	9 %	7 %
<b>Umsturz mit Unterstützung westlicher Geheimdienste</b>								
Sehr real	22 %	15 %	11 %	14 %	11 %	9 %	10 %	9 %
Möglich aber unwahrscheinlich	34 %	33 %	31 %	30 %	29 %	26 %	34 %	26 %
Praktisch unreal	33 %	42 %	41 %	40 %	48 %	52 %	46 %	59 %
Keine Antwort	11 %	9 %	17 %	17 %	12 %	14 %	10 %	6 %
<b>Bürgerkrieg in Russland</b>								
Sehr real	27 %	15 %	13 %	13 %	12 %	7 %	13 %	9 %
Möglich aber unwahrscheinlich	31 %	30 %	28 %	29 %	27 %	23 %	28 %	22 %
Praktisch unreal	38 %	50 %	51 %	51 %	53 %	64 %	51 %	65 %
Keine Antwort	4 %	4 %	8 %	8 %	7 %	7 %	7 %	5 %
<b>Revolution in Russland, ähnlich dem, was in der Ukraine, Georgien und in Kirgistan geschah</b>								
Sehr real	27 %	15 %	14 %	15 %	11 %	10 %	10 %	8 %
Möglich aber unwahrscheinlich	32 %	40 %	31 %	33 %	33 %	27 %	29 %	25 %
Praktisch unreal	37 %	40 %	44 %	45 %	49 %	55 %	53 %	61 %
Keine Antwort	4 %	5 %	11 %	8 %	7 %	8 %	7 %	5 %

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

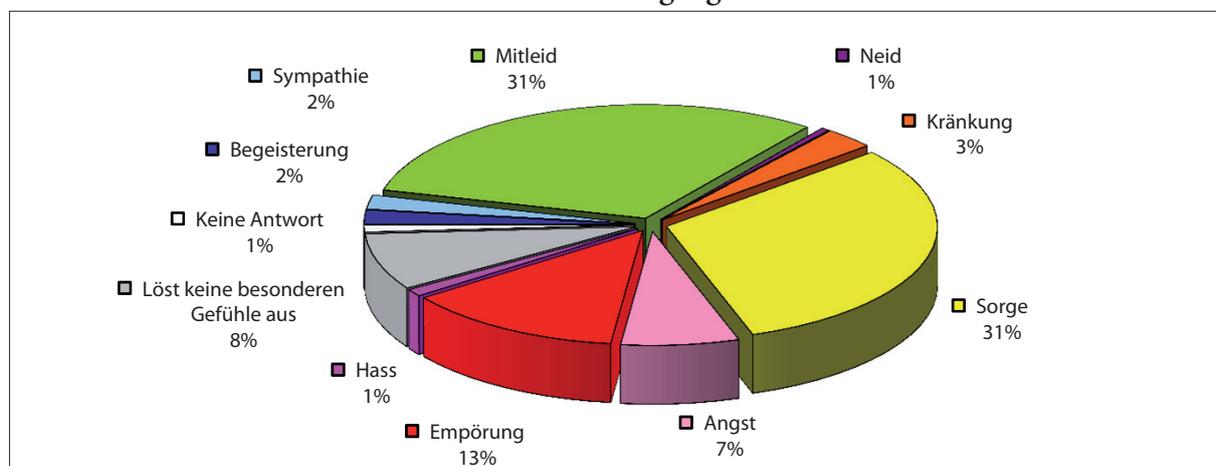
**Tabelle 3: Welche der folgenden Bedrohungen für unser Land scheinen Ihnen am ehesten real? (jeweils eine Antwortmöglichkeit)**

	2005	2006	2007	2008	2009	2012	2013	2014
<b>Zerfall Russlands in mehrere unabhängige Staaten*</b>								
Sehr real	34 %	24 %	17 %	24 %	21 %	9 %	9 %	6 %
Möglich aber unwahrscheinlich	29 %	36 %	33 %	34 %	33 %	30 %	27 %	19 %
Praktisch unreal	32 %	36 %	42 %	34 %	40 %	53 %	57 %	70 %
Keine Antwort	4 %	3 %	8 %	7 %	6 %	8 %	7 %	4 %
<i>* Bis 2013 lautete die Frage: »Verlust von Teilen des russischen Territoriums bis hin zum Zerfall in mehrere unabhängige Staaten«</i>								
<b>Der Verlust mehrerer grenznaher Gebiete (Kaliningrad, Primore u. a.)</b>								
Sehr real	42 %	-	-	-	-	-	13 %	6 %
Möglich aber unwahrscheinlich	32 %	-	-	-	-	-	33 %	22 %
Praktisch unreal	21 %	-	-	-	-	-	45 %	66 %
Keine Antwort	5 %	-	-	-	-	-	8 %	6 %
<b>Verlust der staatlichen Souveränität Russlands, die Einführung einer »externen« Steuerung durch die USA und Länder des Westens</b>								
Sehr real	18 %	-	-	-	-	-	10 %	6 %
Möglich aber unwahrscheinlich	29 %	-	-	-	-	-	24 %	17 %
Praktisch unreal	44 %	-	-	-	-	-	57 %	72 %
Keine Antwort	9 %	-	-	-	-	-	9 %	5 %
<b>Machtübernahme durch Faschisten</b>								
Sehr real	11 %	9 %	5 %	7 %	6 %	-	6 %	5 %
Möglich aber unwahrscheinlich	19 %	24 %	20 %	20 %	13 %	-	17 %	18 %
Praktisch unreal	65 %	63 %	67 %	63 %	72 %	-	70 %	74 %
Keine Antwort	5 %	4 %	8 %	10 %	9 %	-	7 %	3 %

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 12.–13. Juli 2014, N = 1600, veröffentlicht am 19. August 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114941>>

## Die Vorgänge in der Ukraine

**Grafik 8: Welche Gefühle lösen bei Ihnen die Vorgänge in der Ukraine aus?**



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. August 2014, N = 1600, veröffentlicht am 3. September 2014 unter: <<http://www.lewada.ru/print/03-09-2014/rossiyane-o-kachestvakh-ukraintsev-i-russkikh>>

## Über die Qualitäten der Ukrainer und Russen

Tabelle 4: Welche der folgenden Qualitäten sind Ihrer Meinung nach am ehesten charakteristisch für... (mehrere Antwortmöglichkeiten, Angaben anhand der Differenz rangiert)

	Ukrainer	Russen	Differenz* in %
Bereit, zu Hilfe zu eilen	7 %	47 %	-40 %
Friedliebend	10 %	41 %	-31 %
Offen, unbefangen	14 %	44 %	-31 %
Geduldig	14 %	44 %	-31 %
Gastfreundlich	21 %	48 %	-28 %
Verlässlich, treu	6 %	27 %	-22 %
Faul	9 %	18 %	-9 %
Unpraktisch	5 %	13 %	-8 %
Kulturell, gebildet	4 %	10 %	-5 %
Freiheitsliebend, unabhängig	12 %	17 %	-5 %
Arbeitsliebend	21 %	25 %	-4 %
Mit Gefühl der Selbstachtung	12 %	13 %	-1 %
Religiös	8 %	9 %	-1 %
Energievoll	16 %	16 %	0 %
Respektvoll gegenüber Älteren	5 %	5 %	1 %
Verantwortungslos	8 %	6 %	2 %
Verängstigt, gedemütigt	6 %	4 %	2 %
Ihre Traditionen anderen aufdrängend	8 %	3 %	5 %
Machthungrig	10 %	3 %	7 %
Egoist	12 %	4 %	8 %
Rational	16 %	6 %	9 %
Brutal	15 %	2 %	13 %
Geizig	17 %	2 %	14 %
Arrogant	20 %	3 %	17 %
Neidisch	23 %	5 %	18 %
Verschwiegen	24 %	3 %	21 %
Heuchlerisch, hinterlistig	30 %	5 %	26 %
Keine Antwort	15 %	7 %	8 %

\* Die Differenz zwischen „Ukrainern“ und „Russen“ wurde inklusive Kommastellen errechnet. Differenzunterschiede von  $\pm 1$ -2 % stellen keine Fehler dar, da die Zahlen auf der Seite gerundet angegeben werden.

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. August 2014, N = 1600, veröffentlicht am 3. September 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/03-09-2014/rossiyane-o-kachestvakh-ukraintsev-i-russkikh>>

## Der unvermeidliche Etappen-Sieger

Jens Siegert, Moskau

Einer der wichtigsten Bluffs, mit denen Wladimir Putin seine (meist westlichen) Gegner immer wieder auszutricksen versteht, ist eigentlich ganz einfach und aus dem Poker bekannt: Wenn er zu verlieren droht, erhöht er den Einsatz. Das Gegenüber soll denken, er, Putin, habe das bessere Blatt. Erstaunlich oft funktioniert das. So auch in diesem ukrainischen Sommer. Als die ukrainische Armee die Freischärler-Separatisten am Rand einer Niederlage hatte, schickte Putin mehrere Tausend russische Soldaten mit schweren Waffen in das Nachbarland (ich halte die Beweise dafür erdrückend), die das Blatt wendeten, behauptete aber gleichzeitig unverschämt weiter, Russland mische sich militärisch nicht in den Konflikt ein und kam damit durch.

Die ukrainische Armee war der russischen nicht gewachsen. In den Minsker Verhandlungen musste Präsident Poroschenko die Separatisten als Verhandlungspartei akzeptieren, was er bis dahin immer abgelehnt hatte, und auch so tun als sei Russland keine Kriegspartei. Die Bedingungen des Waffenstillstands scheinen einer Kapitulation gleichzukommen. Zwar wurde das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine Anfang September unterzeichnet und von den Parlamenten ratifiziert, aber ein wichtiger Teil, der Freihandel, wurde zunächst bis Ende 2015 ausgesetzt, um, wie es heißt, in weiteren Verhandlungen »russische Interessen« zu berücksichtigen. Zugleich stimmte das ukrainische Parlament für ein Autonomiestatut der Ostukraine, das den russischen Forderungen weitgehend gleicht. Vom Fast-Verlierer wurde Putin über den Sommer zum Sieger. So lauten zumindest Mitte September die meisten öffentlichen und auch viele nicht-öffentliche Urteile.

Wie konnte es dazu kommen? Was hat die EU, was hat der Westen falsch gemacht? Hätten mehr Sanktionen, schnellere Sanktionen, frühere Sanktionen oder umgekehrt weniger oder keine Sanktionen zu einem anderen Ergebnis geführt? Die Antwort auf diese Frage hängt ganz vom gewählten Zeithorizont ab.

Wenn wir nur das vergangene Jahr betrachten, vielleicht auch zwei oder drei Jahre zurück gehen, dann hat der Westen wohl im Großen und Ganzen getan, was möglich war (die bei praktischer Politik kaum vermeidbaren kleineren bis mittleren Fehlschlüsse und Fehler eingeschlossen). Der große Fehler wurde vorher gemacht, indem Putin nicht ernst genommen wurde. Schon seit 15 Jahren, also von Anfang an haben vor allem Menschenrechtler immer wieder und akribisch davor gewarnt, dass der Putinsche Umbau des Landes Russland wieder für

seine Bevölkerung, vor allem aber für seine Nachbarn gefährlich macht.

Nun lässt sich mit gewissem Fug sagen, dass Menschenrechtler immer schreien (das ist ihre Aufgabe) und damit im Konkreten sehr oft Recht haben (im Allgemeinen aber bei weitem nicht immer). Es waren aber nicht nur Menschenrechtler, die warnten. Auch ich habe (nur ein Beispiel und unter vielen anderen) vor ziemlich genau 10 Jahren, hier in den Russlandanalysen in einem Artikel unter der Überschrift »Der Freund des Kanzlers« bereits vor der aufziehenden Gefahr gewarnt. Anlass war die Einladung Wladimir Putins durch den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder zu seiner Geburtstagsfeier nach Hannover. Diese Form von Verbrüderung nannte ich seinerzeit »unanständig« und kritisierte auch meine eigene, die Grüne Partei, weil sie derlei in der rot-grünen Koalition mitmachte, sich zumindest nicht ausreichend deutlich davon abgrenzte.

Der zweite Absatz des Artikels lautete so:

»Die für diese ›Politik der weichen Hand‹ angegebenen Gründe lassen sich zugespitzt im Dreiklang ›Stabilität, Antiterrorkrieg, Wirtschaft‹ zusammenfassen. Den westlichen Regierungen, darunter auch der Bundesregierung, sind diese drei Komponenten wichtiger als die russischen Probleme mit demokratischen Normen, Menschenrechten, Pressefreiheit und Zivilgesellschaft. Hinter dieser Prioritätensetzung verbirgt sich die lange nachwirkende Erleichterung, dass die Auflösung der Sowjetunion und der Systemwechsel in Russland Anfang der 90er Jahre ohne großen Bürgerkrieg vollzogen wurden. Aktuell noch wichtiger dürfte die Erleichterung sein, dass die Instabilität der Jelzin-Zeit nicht zum Staatszerfall geführt hat. Jedenfalls braucht in absehbarer Zeit niemand zu befürchten, dass Russland die länger werdende Liste der *failing states* bereichern wird. Beide Überlegungen entspringen sicher legitimen politischem Denken. Doch reichen sie eben nicht aus, sind nicht weitsichtig genug.

Wer eine mögliche demokratische Entwicklung Russlands zumindest auf politisch absehbare Zeit abschreibt und schon froh ist, wenn dieses große, oft gewalttätige und irgendwie unheimliche Land nicht allzu viel Destruktivpotential entwickelt, unterschätzt die in dieser Politik verborgenen Untiefen. Das Schiff kann trotzdem sinken.« (<<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen025.pdf>>)

Noch einmal: Ich zitiere das nicht, weil ich Recht behalten möchte (das wäre ein doch allzu bitteres Vergnügen), sondern als Beispiel für das, was nicht nur

ich, sondern auch viele andere ähnlich geschrieben und gesagt haben. Immer wieder (zum Beispiel nach dem Georgienkrieg im Sommer 2008) und über einen lange Zeitraum. Es geht mir nicht ums Rechthaben, sondern darum, was jetzt zu tun ist.

Putin veränderte Russland von innen. Die Welt veränderte sich draußen. Die politische, militärische und ideologische Dominanz des Westens wurde schwächer. Irgendwann also, vielleicht nach 2008, als die (westliche) Welt vor allem mit Finanzkrisenbewältigung beschäftigt war, wurde der jetzige russische Etappensieg unvermeidbar. Vom Anfang des Ukraine-Konflikts an haben die westlichen Regierungen eine militärische Antwort auf die Annexion der Krim und den unerklärten Krieg Russlands in der Ostukraine ausgeschlossen (wie ich finde, richtiger Weise). Folglich blieben nur Sanktionen als Mittel, der russischen Führung zweierlei deutlich zu machen: Dass man es ernst meint damit, die fundamentale Regelverletzung der europäischen *Post-Cold-War*-Ordnung nicht hinzunehmen, und dass die Kosten für Russland, sollte es nicht einlenken, hoch sein werden. Die Entscheidung, ich habe das in meinem Blog ausgeführt, lag und liegt bei Putin (<<http://russland.boellblog.org/2014/08/13/putin-wahl-unser-warten-und-wie-es-dazu-kam/>>). Das ist sein Vorteil und seine Bürde.

Wenn Putin nun aber diese Etappe gewonnen hat und wenn das unvermeidbar war, was heißt das dann für die Sanktionen? Verschärfen? Aufhören? Weitermachen?

Zuerst: Alle Umfragen zeigen, dass die Sanktionen (abstrakt) die Bevölkerung nicht schrecken. Gut 40 Prozent sind der Meinung, das sei eben der Preis, den Russland für »Krim nasch« (russisch für »die Krim ist unser«) zahlen muss und erklären, sie seien bereit, dafür Nachteile in Kauf zu nehmen. Weitere rund 40 Prozent fänden zwar persönliche Nachteile nicht so schön, glauben aber, dass die Sanktionen nur die Elite treffen. Von dieser Seite droht dem Kreml also vorerst kein Ungemach.

Auch die Eliten (im weiteren Sinn) schienen zumindest anfangs unbeeindruckt. Der Konsolidierungseffekt von »Krim nasch« war auch hier deutlich zu spüren. Doch die bisher jüngste, dritte Stufe der Sanktionen hat das geändert. Das liegt nicht an den Sanktionen allein, sondern dass sich ihre Folgen auf die schon lange nicht mehr latente Wirtschaftskrise legen. Dadurch vertiefen sie die ohnehin für das Putinsche Machtsystem konstitutiven Spannungen zwischen dem Wirtschaftsblock und den sogenannten Machtapparaten (ich weiß, dass das eine ein wenig vereinfachende Sichtweise ist, für die hier zu ziehenden Schlüsse scheint mir das aber zulässig).

Im Zuge des Ukraine Konflikts hat der Wirtschaftsblock seinen ohnehin schon seit einiger Zeit schwindenden Einfluss auf Putin, sprich: auf die grundlegenden Entscheidungen, fast völlig eingebüßt. Nach

außen deutlichstes Zeichen dieser Entwicklung war der (provozierte) Rauswurf des langjährigen Finanzministers Alexej Kudrin, der bis zum Herbst 2011 Garant für ein ausreichend stabiles Gleichgewicht zwischen Wirtschaftswachstum und Großmachtambitionen war. Kudrin wollte seinerzeit ein Zeichen gegen den massiven Ausbau der Sicherheitsapparate und der Armee auf Kosten soliden Wirtschaftens setzen. Seither hat sich der ökonomische Erosionsprozess erheblich beschleunigt und das Gleichgewicht ist inzwischen empfindlich gestört.

Heute häufen sich Klagen von Wirtschaftsfachleuten, es gebe im Kreml nicht nur keinen Plan, wie die Wirtschaftskrise überwunden werden soll, sondern auch kein Verständnis, dass das nötig sei. Aus dem Kreml wird kolportiert, Putin habe im Frühjahr die Losung ausgegeben, in Bezug auf die Ukraine sei »Wirtschaft nicht wichtig«. Die demonstrierend nach der Krim-Annexion und den ersten westlichen, noch eher symbolischen Sanktionen vorgenommene Wendung »nach Osten«, symbolisiert vor allem durch den Abschluss des Gasvertrags mit China, kommt nicht in Gang. Die Zweifel, ob das als Alternative zum Westgeschäft mittel- und langfristig überhaupt trägt, überwiegen inzwischen bei den Analysen.

Die dritte Stufe der Sanktionen tut nun, indem sie den Zugang russischer Unternehmen zu den westlichen Kreditmärkten fast völlig schließt, erstmals richtig weh, und Putins »Wirtschaft ist nicht wichtig« wird auf eine harte Probe gestellt. Die Refinanzierungsnotwendigkeiten bei fälligen Krediten bleiben gleichzeitig hoch. Am russischen Kapitalmarkt ist kaum etwas zu holen. Auch die Kapitalmärkte in den Schwellenländern sind zu schwach, um Ausgleich zu schaffen. So bleiben letztlich nur die (unter Kudrin) angesparten Reserven der beiden großen staatlichen Fonds (des »Reserwnyj Fond Rossijskoj Federazii« und des »Fond Nazionalnogo Blagosostojanija Rossii«), die nach der Aufspaltung des Stabilitätsfonds 2008 entstanden sind. Um Gelder aus diesen Staatsreserven tobt schon seit Monaten ein erbitterter Kampf. (Öffentlich) Beworben haben sich bereits alle Giganten der russischen Wirtschaft, angeführt von Gasprom, dem größten Ölkonzern Rosneft und der größten Bank Sberbank (alle übrigens in Staatsbesitz).

Wie angespannt die Situation inzwischen ist, zeigt vorige Woche die Verhaftung des Milliardärs Wladimir Jewtuschenkow, der sich geweigert hatte, seine Anteile am Ölförderer Baschneft an den von Igor Setschin, einem engen Putin-Vertrauten, geführten Branchenführer Rosneft zu verkaufen. Wenn auf dem Bankenmarkt kein Kapital beschafft werden kann, werden Unternehmen mit Kapitalreserven attraktiv. Außerdem sind konkurrierende Unternehmen auch Konkurrenten im Kampf um die Reserven aus den Staatsfonds. Die Verhaftung des

politisch immer überaus loyalen Jewtuschenkow zeigt also, dass die Sanktionen ihre Hauptaufgabe zu erfüllen beginnen. Angesichts der immer knapperen Ressourcen könnte eine neue Welle der »Umverteilung der Vermögen« bevorstehen, die zu großen Loyalitätsproblemen in der Staatselite führen würde. So beginnen die Sanktionen einen Keil in die wirtschaftliche und politische Elite zu treiben, indem sie die ohnehin vorhandenen Widersprüche zwischen Wirtschaftsblock und Sicherheitsapparat verschärfen. Schon aus diesem Grund wäre es ein schwerer Fehler, sie wieder zu lockern.

Es gibt aber noch einen weiteren Grund, den ich für wichtiger halte. Die russische Führung muss überzeugt werden, dass die EU und die USA es ernst meinen. Zu frühes Zurückziehen würde als Schwäche aufgefasst. Die nächste Aggressionsstufe ließe nicht lange auf sich

warten. Warum das so ist, habe ich in meinen Notizen zum Thema »Gopniki« unlängst dargelegt (<<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen279.pdf>>).

Das alles wird die Grundfesten des Putinschen Regimes nicht erschüttern, jedenfalls nicht kurzfristig, mit etwas Glück aber Schlimmeres verhindern helfen. Die Opposition bleibt schwach bis nicht vorhanden. Wie sie gestärkt werden kann und die noch verbliebenen Zonen demokratischen staatsbürgerlichen Selbstverständnisses nicht nur verteidigt, sondern gar gestärkt werden können, ist die andere Seite der Medaille »Verantwortung des Westens«.

*Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.*

## 1. – 25. September 2014

01.09.2014	Australien verschärft seine Sanktionen gegen Russland und gleicht diese an die Sanktionen der EU gegenüber Russland an.
01.09.2014	Außenminister Sergej Lawrow erklärt bei seiner traditionellen Vorlesung vor Studienanfängern des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen (MGIMO), dass es keine militärische Einmischung in den Konflikt in der Ostukraine von Seiten Russlands geben werde.
01.09.2014	Die Kontaktgruppe zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine kommt zu einem erneuten Treffen in Minsk zusammen. Die Vertreter der »Volksrepublik Donezk« und der »Volksrepublik Lugansk« fordern als Bedingungen für eine Garantie der »politischen, ökonomischen und kulturellen Einheit der Ukraine« unter anderem die Einstellung der Kampfhandlungen und einen Gefangenenaustausch, die Anerkennung eines besonderen Status der »Volksrepubliken« und der bewaffneten Einheiten zur Durchsetzung der Ordnung, die Durchführung von Wahlen in den Republiken, das Recht auf Anwendung der russischen Sprache und die Anerkennung eines gesonderten außenwirtschaftlichen Regimes der Republiken mit Russland und der Zollunion. Die Verhandlungen sollen am 5. September in Minsk fortgesetzt werden.
01.09.2014	Das russische Strafverfolgungskomitee gibt bekannt, dass es Eigentum des ukrainischen Oligarchen und Gouverneurs im Gebiet Dnepropetrowsk Igor Kolomojskij konfisziert habe, um »die Finanzierung terroristischer Tätigkeiten und anderer Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung im Südosten der Ukraine zu unterbinden«. Kolomojskij ist Anteilseigner eines Moskauer Bürokomplexes der »Elite-Holding«.
02.09.2014	Präsident Wladimir Putin bereist den russischen Fernen Osten. Bei einem Besuch auf der Baustelle des Kosmodroms »Wostotschnij« begutachtet er den Fortschritt und kritisiert die Verzögerungen.
03.09.2014	Präsident Wladimir Putin und sein ukrainischer Amtskollege Petro Poroschenko sprechen telefonisch über Maßnahmen zur Einstellung der Kampfhandlungen in der Ostukraine. Dem Kreml zufolge stimmen die Ansichten der beiden Präsidenten im Wesentlichen überein. Das Präsidialamt der Ukraine vermeldet, beide Seiten hätten sich über ein Regime des Waffenstillstands geeinigt.
03.09.2014	Staatsbesuch Präsident Wladimir Putins in der Mongolei.
03.09.2014	Präsident Putin formuliert während einer Pressekonferenz zum Abschluss des Besuchs in der Mongolei einen Plan zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine. Die sieben Punkte umfassen eine Einstellung der Kampfhandlungen und von Luftangriffen, ein Rückzug der Streitkräfte, eine internationale Kontrolle über den Waffenstillstand, den Austausch aller Gefangenen, die Einrichtung humanitärer Korridore und die Wiederherstellung der Infrastruktur zur Vorbereitung auf den Winter.
03.09.2014	Frankreichs Präsident Francois Hollande erklärt auf einer Sitzung des französischen Sicherheitsrates, dass die Auslieferung des ersten Hubschrauberträgers »Mistral« an Russland auf Grund der Situation in der Ukraine unpassend sei und nicht erfolgen werde.
04.09.2014	Die russische Regierung verabschiedet einen Maßnahmenkatalog zur Erhöhung der Investitionsattraktivität von Monostädten (Städten mit nur einem großen Arbeitgeber). Dabei ist die Einrichtung einer Stiftung zur Entwicklung dieser Städte geplant.
05.09.2014	In der Informationsagentur »Russland Heute« findet eine Trauerfeier zu Ehren des in der Ostukraine getöteten Fotografen Andrej Stenin statt. Präsident Wladimir Putin zeichnete Stenin posthum mit dem Orden für Tapferkeit und Heldenmut bei der Ausübung seiner Dienstpflicht aus.
05.09.2014	John Tefft, der neue US-Botschafter in Russland trifft in Moskau ein.
05.09.2014	Die Kontaktgruppe zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine kommt zu einem weiteren Treffen in Minsk zusammen. Dabei wird eine Vereinbarung über einen Waffenstillstand ab 18:00 getroffen.
05.– 06.09.2014	In Chasawjurt (Dagesatan) werden zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer von Sicherheitskräften getötet.
06.09.2014	Das Verteidigungsministerium Russlands gibt die Einrichtung einer ständigen Basis für die Nordmeerflotte auf den Neusibirischen Inseln in der Arktis bekannt.
06.09.2014	Auf der Krim findet eine Konferenz zur Situation der Krimtataren statt. Sergej Aksjonow, das geschäftsführende Oberhaupt der Krim, erklärt, dass bis 2020 zur Unterstützung der deportierten Völker der Krim 10,8 Mrd. Rubel (ca. 225 Mio. €) investiert würden. Er ruft die Krimtataren auf, an den bevorstehenden Parlaments- und Kommunalwahlen teilzunehmen. Einem Vertreter der Versammlung der Krimtataren (Medshlis) wird die Teilnahme an der Konferenz verweigert. Die Organisation hatte zu einem Boykott der Wahlen aufgerufen und sich gegen einen Anschluss der Krim an Russland ausgesprochen.

07.09.2014	Der Raketenkreuzer »Moskau«, Flaggschiff der russischen Schwarzmeerflotte, durchquert den Bosphorus auf dem Weg ins Mittelmeer. Das teilt ein Sprecher der russischen Kriegsmarine mit.
08.09.2014	Russische und chinesische Grenzschilder führen in der Bajkalregion gemeinsame Übungen zur Terrorabwehr durch. Vertreter der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOC) beobachten die Übung.
08.09.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew erweitert die Liste der Gebiete mit Bodenschätzen von föderaler Bedeutung, die vom Staat ohne Wettbewerb zur Nutzung vergeben werden. Der staatliche Ölkonzern »Rosneft« erhält dabei ein Gebiet im Nordwesten der Barents-See für ein einmaliges Nutzungsentgelt von 337 Mio. Rubel (ca. 7 Mio. €), der staatliche Gasmonopolist »Gazprom« das Gebiet »Derjuginsk« im Ochotskischen Meer für 920 Millionen Rubel (ca. 19 Millionen €).
08.09.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew gibt der unabhängigen Wirtschaftszeitung »Wedomosti« ein Interview aus Anlass deren 15-jährigen Bestehens. Im Zentrum des Gesprächs stehen die russische Wirtschaft und die Sanktionen. Russland werde auf weitere Sanktionen des Westens asymmetrisch reagieren. Medwedew droht an, den russischen Luftraum für die zivile Luftfahrt zu sperren.
08.09.2014	Präsident Wladimir Putin trifft mit Ministerpräsident Dmitrij Medwedew zu einem Gespräch zusammen. Dabei regt Medwedew an, das Ministerium für Regionale Entwicklung sowie die Föderalen Dienste für Rüstungsaufträge (Rosoboronsakas) und Verteidigungsbeschaffung (Rosoboronpostawka) aufzulösen und deren Aufgaben anderen Behörden zu übertragen. Putin stimmt den Vorschlägen zu und unterzeichnet nur wenig später einen Erlass zur Auflösung des Ministeriums für Regionale Entwicklung.
08.09.2014	Jaroslaw Belousow wird als erster Verurteilter im »Bolotnaja-Fall« nach Verbüßung seiner 2,5-jährigen Haftstrafe freigelassen. Er plant, sein Politikstudium an der Moskauer Staatlichen Universität fortzusetzen.
08.09.2014	Die Kaliningrader NGO »Ökoschutz! – Frauenrat«, die Ende Juli vom russischen Justizministerium in die Liste der »ausländischen Agenten« aufgenommen wurde, wird von einem Gericht zu einer Geldstrafe von 300.000 Rubel (ca. 6.000 €) verurteilt.
09.09.2014	Das Moskauer Stadtgericht hebt ein Urteil aus vorheriger Instanz gegen die Wahlrechtsorganisation »Golos« (Stimme) auf. Darin war Golos wegen der Weigerung, sich als »ausländischer Agent« registrieren zu lassen, zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Das Gericht sieht keine Anhaltspunkte für eine Anerkennung als »ausländischer Agent«.
09.09.2014	Präsident Wladimir Putin enthebt Nikolaj Denin, den Gouverneur im Gebiet Brjansk, seines Amtes. Als Begründung wird »Vertrauensverlust« angegeben. Denin hatte das Amt seit Dezember 2004 inne. Seine Nachfolge tritt kommissarisch der Dumaabgeordnete Alexander Bogomas (Einiges Russland) an.
09.09.2014	Präsident Putin und der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko betonen in einem erneuten Telefonat die Bedeutung einer stabilen Waffenruhe in der Ostukraine. Putin unterstreicht die Bereitschaft Moskaus, eine friedliche Regulierung der »innerukrainischen Krise« zu unterstützen. Zudem wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit vor dem Hintergrund des geplanten Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU besprochen.
10.09.2014	Auf einer Sitzung zur Ausarbeitung des staatlichen Rüstungsprogramms für 2015–2016 gibt Präsident Wladimir Putin bekannt, die »Militär-industriellen Kommission« (VPK), die zuvor in den Kompetenzbereich der Regierung fiel, nun dem Zuständigkeitsbereich des Präsidenten zu unterstellen. Putin übernimmt den Vorsitz, der bisherige Vorsitzende, der Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogosin, wird sein Stellvertreter.
10.09.2014	Präsident Putin nimmt an einer Regierungssitzung teil, bei der der Entwurf des föderalen Haushalts für 2015 sowie des Plans für 2016–17, die Bauarbeiten des Kosmodroms »Wostotschnij« und das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine erörtert werden. Putin erklärt, die Krise in der Ukraine sei vom Westen provoziert worden und werde für eine Reanimation der NATO genutzt.
11.09.2014	Pjotr Jarosch, Vorsitzender des Föderalen Migrationsamtes auf der Krim, gibt bekannt, dass 98 % der Bewohner der von Russland annektierten Halbinsel einen russischen Pass erhalten hätten.
11.09.2014	Im Rayon Tabassaranskij (Dagestan) werden zwei Untergrundkämpfer von Sicherheitskräften getötet.
11.– 12.09.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in Duschanbe (Tadschikistan) an einem Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOC) teil. Putin kommt im Rahmen des Treffens zu bilateralen Gesprächen mit seinem tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon, dem usbekischen Staatspräsidenten Islam Karimow, dem Generalsekretär der KP in China, Xi Jinping, sowie dem iranischen Präsidenten Hassan Rouhani zusammen. Weiterhin findet ein trilaterales Treffen mit Xi Jinping und dem mongolischen Staatspräsidenten Cachijagijn Elbegdorsh statt.

12.09.2014	Die erweiterten Sanktionen der EU treten in Kraft. Unter anderem werden finanzielle Beteiligungen und Vergabe von Krediten mit einer Laufzeit von über 30 Tagen an bestimmte Unternehmen verboten. Dazu gehören die staatlichen Mineralölkonzerne »Rosneft«, »Transneft« und »Gazpromneft«, die »Sberbank«, VTB, »Gazprombank«, VEB und »Rosselchosbank«. Ferner wird der Export von <i>Dual-Use</i> -Gütern an die Rüstungskonzerne »Kalachnikow«, »Almas-Antej« und fünf weitere Unternehmen untersagt. Der Personenkreis, gegen die Einreise- und Kontensperrungen verhängt werden, wird um 24 Personen auf nunmehr 119 Personen ausgeweitet. Auf der Liste sind Separatistenführer aus der Ostukraine und russische Politiker wie Wladimir Schirinowskij (Vorsitzender der LDPR) und Sergej Tschemesow, der Chef des staatlichen russischen Rüstungs- und Technologiekonzerns. Russlands Außenminister Sergej Lawrow erklärt, die Sanktionen würden den Friedensprozess in der Ostukraine unterminieren, und droht eine adäquate Reaktion an. Am Abend verschärfen auch die USA ihre Sanktionen.
12.09.2014	Das Moskauer Stadtgericht lehnt die Einsprüche der Menschenrechtsorganisation Memorial und der Wahlrechtsassoziation »Golos« gegen das Vorgehen der Staatsanwaltschaft ab, die die beiden Organisationen als »ausländische Agenten« registriert hatte.
12.09.2014	Ksenja Batanowa, Chefproduzentin und Moderatorin des unabhängigen Fernsehsenders »TV Doshd« (TV Rain), wird in Moskau von Unbekannten überfallen und zusammengeschlagen. Sie wird mit Gehirnerschütterung und Knochenbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert.
13.09.2014	Ca. 200 Lastwagen transportieren in einem zweiten Konvoi russische Hilfsgüter in das von Separatisten kontrollierte Lugansk in der Ostukraine.
13.09.2014	Finanzminister Anatolij Siluanow gibt bekannt, dass »Rosneft« sowie »NOVATEK« wegen US- und EU-Sanktionen aus dem russischen Stabilitätsfonds finanzielle Unterstützung erhalten werden.
14.09.2014	Am einheitlichen Wahltag finden in Russland sowie auf der Krim mehr als 6.000 Wahlen auf regionaler und kommunaler Ebene statt. Bei Gouverneurswahlen in 30 Föderationssubjekten werden alle Kandidaten der Regierungspartei »Einiges Russland« sowie von der Partei unterstützte Kandidaten gewählt. Die Partei gewinnt auch alle drei Bürgermeisterwahlen in regionalen Hauptstädten und erzielt die Mehrheit in 14 Regionalparlamenten und 6 Stadtparlamenten regionaler Hauptstädte. In Moskau, wo das Wahlrecht auf ein reines Mehrheitswahlsystem geändert wurde, gewinnen »Einiges Russland« und die von ihr unterstützten »unabhängigen« Kandidaten bei einer Wahlbeteiligung von 21 % 38 von 45 Sitzen in der Stadtduma. Die Wahlrechtsassoziation »Golos« meldet einzelne Wahlverstöße, den Ausschluss unabhängiger Wahlbeobachter aus Wahllokalen und sagt die Wahlbeobachtung im Gebiet Tjumen nach Drohungen durch Polizei und Justiz ab.
15.09.2014	Präsident Wladimir Putin ruft die Mitglieder des Sicherheitsrates zu einer außerplanmäßigen Sitzung zur Situation in der Ostukraine sowie zum Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU zusammen.
15.09.2014	Das russische Strafverfolgungskomitee führt Razzien in mehreren Unternehmen des Militär-Industriellen Komplexes durch, darunter dem Rüstungskonzern »Almaz-Antej«. Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka berichtet Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen von einem finanziellen Schaden, der bei staatlichen Rüstungsaufträgen seit Anfang 2014 in Höhe von 20 Mrd. Rubel (ca. 400 Mio. €) entstanden sei.
15.09.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in einem Telefonat mit Bundeskanzlerin Angela Merkel die Situation in der Ukraine sowie die Lieferung von russischem Gas nach Europa. Mehrere Länder hatten einen Rückgang der Gaslieferungen aus Russland beobachtet. Das Thema bestimmt auch das Telefonat von Putin mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso.
16.09.2014	Die russische Staatsduma kommt zu ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause zusammen. Sergej Naryschkin, Duma-Vorsitzender, benennt als Prioritäten die Verabschiedung des Haushalts, den Vertrag zur Eurasischen Wirtschaftsunion, die Förderung des Wirtschaftswachstums sowie den Ersatz für ausländische Importe.
16.09.2014	Der Dollarkurs erreicht an der Moskauer Börse ein weiteres historisches Maximum von 38,68 Rubel pro US-Dollar, der Euro-Kurs übersteigt die Marke von 50 Rubeln. Das Finanzministerium ruft die Bevölkerung dazu auf, sich nicht zu beunruhigen; die Inflation sei unter Kontrolle.
16.09.2014	Das Strafverfolgungskomitee erhebt gegen den russischen Milliardär Wladimir Jewtuschenkow Anklage wegen Geldwäsche und der Legalisierung illegal privatisierter Aktien des Ölkonzerns »Baschneft«. In Jewtuschenkos Unternehmen »Sistema« wird eine Razzia durchgeführt, er selbst wird unter Hausarrest gestellt.
17.09.2014	Michail Chodorkowskij, Ex-Jukos Vorsitzender, kommentiert die Anklage gegen Wladimir Jewtuschenkow als Versuch des staatlichen Ölkonzerns »Rosneft«, sich »Baschneft« einzuverleiben. Die Aktienkurse der von Jewtuschenkow kontrollierten Unternehmen brechen bei Eröffnung der Moskauer Börse teilweise erheblich ein.

17.09.2014	Präsident Wladimir Putin schlägt dem Staatsrat der Republik Krim, dem Stadtparlament Sewastopols und dem Parlament der Republik Karbadino-Balkarien jeweils drei Kandidaten für das Amt der Republikoberhäupter sowie des Gouverneurs vor. Darunter sind die Amtsinhaber Sergej Aksjonow (Krim), Sergej Menjajlo (Sewastopol) und Jurij Kokow (Kabardino-Balkarien). Am Abend empfängt Putin die 30 direkt gewählten Gouverneure im Kreml. Er erklärt, die Wahlen hätten die Einheit der Gesellschaft angesichts verschiedenster Herausforderungen gezeigt, da vor allem jene politischen Kräfte unterstützt wurden, die die nationalen Interessen verteidigen würden.
17.09.2014	Ein Moskauer Stadtgericht verurteilt ein Moskauer Burger-King Restaurant zu einer Strafzahlung in Höhe von 100.000 Rubel (ca. 2.000 €) wegen Missachtung technischer Regelungen der Zollunion. Eine identische Geldstrafe wurde am Vortag in der Republik Adygej gegen ein McDonalds Restaurant verhängt.
17.09.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung für staatlichen Kreditgarantien an drei Unternehmen des Militär-Industriellen Komplexes in Höhe von ca. 4 Mrd. Rubel (ca. 80,7 Mio. €). Im Haushalt 2014 sind für diesen Sektor Staatsgarantien in Höhe von ca. 497 Mrd. Rubel (ca. 10 Mrd. €) vorgesehen.
18.09.2014	Im Rahmen der außerplanmäßigen Überprüfung der Kampfbereitschaft im Östlichen Militärbezirk, die seit dem 11. September andauert, werden 5.000 Reservisten einberufen.
18.09.2014	Die russische Handels- und Industriekammer ruft die Staatsanwaltschaft auf, die Anklage gegen Wladimir Jewtuschenkow objektiv zu behandeln. Die Ermittlungen könnten sich negativ auf dessen Firma »Sistema« auswirken, die im Hochtechnologiesektor unter anderem für den Verteidigungssektor tätig ist. Ein Moskauer Gericht bestätigt derweil die Beschlagnahmung der von »Sistema« gehaltenen Aktien an dem Ölkonzern »Baschneft«.
18.09.2014	Die BBC protestiert bei der russischen Regierung gegen den Überfall auf ein Kamerateam des Senders in Astrachan. Die Journalisten hatten einen Bericht über den Tod russischer Soldaten unweit der ukrainischen Grenze vorbereitet.
18.09.2014	Präsident Wladimir Putin leitet eine Staatsratssitzung zur Entwicklung der russischen Wirtschaft und der Erhöhung seiner Konkurrenzfähigkeit im Rahmen der WTO-Mitgliedschaft.
19.09.2014	Der russische Generalstab gibt bekannt, dass im östlichen Militärbezirk die strategische Übung »Osten-2014« stattfindet. An der Übung, die bis zum 25. September dauern soll, nehmen ca. 100.000 Soldaten, ca. 1.500 Panzer, ca. 120 Flugzeuge und 70 Schiffe der Land-, Luft- und Seestreitkräfte teil.
19.09.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung zur Einführung von Einfuhrzöllen auf Waren aus der Ukraine. Die Zölle werden ab 2016 eingeführt, wenn der wirtschaftliche Teil des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU in Kraft tritt.
19.– 20.09.2014	Vertreter der ostukrainischen Separatisten, der Ukraine, Russland und der OSZE unterzeichnen in Minsk ein Memorandum über die Umsetzung des »Minsker Protokolls«, das am 5. September ausgehandelt worden war. Das Memorandum umfasst neun Punkte zur Umsetzung des Waffenstillstands, darunter die Einrichtung einer Sicherheitszone entlang der aktuellen Frontlinie, den Abzug schwerer Kriegstechnik aus dieser Zone und Siedlungsgebieten und die Einrichtung einer Beobachtermission der OSZE.
21.09.2014	In Moskau und St. Petersburg finden »Märsche des Friedens« statt. Deren Ziel sei es, die Verletzung von Menschenrechten, der russischen Verfassung und internationaler Vereinbarungen anzuprangern. Die Teilnehmer protestieren gegen einen Krieg in der Ukraine, viele tragen ukrainische Staatsflaggen. In Moskau nehmen ca. 26.000 Teilnehmer an der Demonstration teil, die Polizei spricht von 5.000. Am Rande der Demonstrationen in Moskau und St. Petersburg kommt es zu Auseinandersetzungen mit Sympathisanten der Separatisten in der Ostukraine. In St. Petersburg werden mehrere Teilnehmer festgenommen.
21.09.2014	Bei dem Versuch einer Fahrzeugkontrolle kommt es in Inguschetien zu einem Feuergefecht, bei dem ein Untergrundkämpfer und ein Polizist getötet werden.
22.09.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht mit den Mitgliedern des russischen Sicherheitsrates die Umsetzung des Friedensplanes zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine sowie eine mögliche Beteiligung Russlands am Kampf gegen den »Islamischen Staat«.
22.09.2014	Eine Division der Inneren Truppen des russischen Innenministeriums erhält den Ehrennamen »F. E. Dserschinskij« zurück, die diese von 1926–1994 zu Ehren des Gründers der sowjetischen Geheimpolizei und Vorläufer des heutigen Inlandsgeheimdienstes Felix Dserschinskij getragen hatte.
22.09.2014	Ein Konzert von Andrej Makarewitsch, Mitglied der Rock-Gruppe »Maschina Wremeni« (Zeitmaschine), das für den 28.9. in St. Petersburg angekündigt war, wird vom Veranstalter abgesagt. Zuvor wurde die Absage von Konzerten Makarewitschs in Samara, Saratow, Kasan, Krasnojarsk, Tomsk und Nowosibirsk bekannt. Makarewitsch war nach einem Konzert in der Ukraine von staatlichen Medien als »Freund der Junta« gebrandmarkt worden.

22.– 23.09.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in einem Telefonat mit UNO-Generalsekretär Ban-Ki Moon den internationalen Einsatz gegen den »Islamischen Staat«. Putin betont, dass Angriffe auf dessen Stellungen in Syrien nicht ohne das Einverständnis des syrischen Staates stattfinden sollen.
23.09.2014	Präsident Wladimir Putin hält in Noworossijsk vor dem Hintergrund der Eingliederung der Krim eine Sitzung zur Entwicklung der Häfen im Asow-Schwarzmeerbecken. Alexander Witko, der Kommandeur der Schwarzmeerflotte teilt dabei mit, dass in Noworossijsk sieben U-Boote mit Raketen einer Reichweite von 1.500 km stationiert werden sollen.
23.09.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet in erster Lesung einen Gesetzesentwurf, der ab dem 1.1.2016 den zulässigen Anteil ausländischer Aktionäre an russischen Medien von 50% auf 20% reduzieren soll.
24.09.2014	Japan verhängt wegen der Situation in der Ukraine Sanktionen gegen fünf russische Banken: Sberbank, VTB, Wneschekonombank, Gasprombank und Rosselchosbank.
25. 09.2014	Die russische Regierung beschließt, der Wneschekonombank zur Kapitalerhöhung und Liquiditätssicherung 240 Mrd. Rubel (ca. 4,8 Mrd. €) aus föderalen Haushaltsmitteln und Mitteln aus dem Bereich des Finanzministeriums und der Zentralbank zur Verfügung zu stellen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen  
und Halbach Stiftung

**MANGOLD**  
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### **Belarus-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Caucasus Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### **Polen-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### **Russland-Analysen**

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Russian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### **Ukraine-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Zentralasien-Analysen**

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

---

### **Bibliographische Dienste**

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

---

### **Twitter**

<https://twitter.com/laenderanalysen>